

SOZIALISTISCHE CORRESPONDENZ

51

DM 1.- -

13.7.1970

KRITIK DER SOLIDARITÄTSDEMONSTRATION

DREI KRITIKPUNKTE ZUR FRANKFURTER DEMONSTRATION GEGEN DAS SDS-VERBOT

Die folgenden Thesen kritisieren auch die eigene Position der Betriebsprojektgruppe bei der Vorbereitung der Demonstration. Auch stellt sich sofort und nicht wieder erst beim nächsten äußeren Anlaß die Aufgabe, in jeder politischen Gruppe die Bündnis- und die Gewaltfrage gründlicher zu klären, als es in kurzen Thesen möglich ist.

1. Die Demonstration war ein falscher Kompromiß zwischen einer defensiven Bündnistaktik und einer ungeklärten Übernahme Heidelberger SDS-Stadtpolitik

Es sollte ein öffentlicher Protestmarsch aus Solidarität mit den Heidelberger Genossen so veranstaltet werden, daß auch die Fraktionsgegensätze in der SPD verschärft würden, d.h. die Frankfurter Sozialdemokratie sollte die Rücknahme des Verbots fordern; das war das eine Konzept. Es richtete sich hauptsächlich an die Öffentlichkeit und sollte zunächst mit der

ausdrücklichen Ankündigung versehen werden, es gehe um keine Kampfdemonstration. Das andere Konzept wollte die Intention Heidelberger Stadtpolitik aufnehmen, blieb aber bei der Ankündigung zukünftiger Aktionen stehen und erreichte bei dieser Demonstration selbst das genaue Gegenteil, nämlich gar keine 'Entlarvung' städtischer SPD-Autorität!

INHALT

KRITIK DER SOLIDARITÄTSDEMONSTRATION	
Betriebsprojektgruppe	1
Pädagogengruppe	5
Sozialistische Arbeiter- gruppe (SAG)	7
AUS DER ARBEIT DER FRANKFURTER GRUPPEN	
Arbeitsprogramm der Amerika- Gruppe	12
SAG: Die Septemberstreiks und die Aufgaben der revolutionären Linken (Schluß)	14
IMPERIALISMUS UND REVISIONISMUS	
Koexistenzpolitik der Sowjetunion	18
Imperialismustheorie	30

Die beiden Konzepte wurden in dem Kompromiß zusammengefaßt, daß die SPD als Demonstrationsziel sowohl gezwungen werden sollte, Partei gegen das SDS-Verbot zu ergreifen; auch sollte sie zumindest agitatorisch als moderne Reformfraktion der westdeutschen Klassenherrschaft entlarvt werden. Heraus kam praktisch ein Appell an die Frankfurter SPD, also ein Rückfall in bittstellerischen Protest.

Das Bündnis mit dem SHB beruhte auf der bei fast allen verbreiteten Illusion, die Verurteilung des Verbots durch den Frankfurter Unterbezirksvorstand (wie sie übrigens auch ohne ein Bündnis wahrscheinlich zustandegekommen wäre), sei ein reeller Schritt, um die Aufhebung zu erreichen. Vergessen wurde, welche Rolle die südhessische SPD seit Jahren mit ihrer linken Position in der Gesamtpartei spielt. Außerdem wurde sie in diesem Fall äußerst schwach von der liberalen Presse unterstützt. Bundesregierung und SPD-Vorstand und ebenso alle anderen Gremien verhielten sich traditionsgemäß völlig "neutral"; der politische Präzedenz- und Testfall eines lokalen Einzelverbots wird also

durchgespielt. Die einzige Widerstandsform ist zunächst die ständige Praktizierung normaler politischer Freiheitsrechte, wobei sich in Heidelberg der Ernst des staatlichen Verfolgungswillens herausstellen wird.

Anmerkung zur Bündnisfrage: Auf dem jetzigen Stand stellt sich kaum das klassische Problem der Einheitsfront, die reale Machtpositionen bei den Organisationssubjekten und allgemein im Klassenkampf ausdrückte; bei der Koalition von Studentengruppen geht es um die aktuelle Vereinigung der jeweiligen Massenbasis, die beim SHB vor allem eine passive studentenparlamentarische Wählerbasis sein dürfte. Es handelte sich also eigentlich nur um die SHB-Unterschrift auf dem Flugblatt.

Spätestens nach der Frankfurter SPD-Erklärung, oder besser gesagt, schon vorher, hätte als öffentliches Ziel AEG Telefunken, Hochtief oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau als Hauptinteressenten des Cabora-Bassa-Projekts geplant werden müssen, um die Gegenwart der imperialistischen Agenturen gerade im progressiven Frankfurt zu demonstrieren, was ein klares Licht auf die scheinheilige

REDAKTION/ABONNEMENTS

SOZIALISTISCHE CORRESPONDENZ

Herausgeber und Redaktion: Basisgruppe Politologie, Betriebsprojektgruppe, Kommunistische Gruppe, Pädagogengruppe, Sozialistische Arbeitergruppe, Stadtteilgruppe "Roter Gallus".

Redaktionsanschrift: (keine Einschreib- und Geldsendungen!)

6000 Frankfurt/Main 1
Postfach o.Nr.

Die "Sozialistische Correspondenz" erscheint vorerst 14-tägig. Die alten Abonnements sind umgerechnet worden. Die Zahl auf dem Umschlag rechts neben der Adresse ist die Nummer, mit der das Abonnement ausläuft. Bestellungen

werden nur noch durch Überweisung auf unser Postscheckkonto Frankfurt/Main 31 31 45, Kontobezeichnung "Thomas Schmid Sonderkonto Sozialistische Correspondenz" entgegengenommen.

Der Preis beträgt einheitlich DM 1,- im Abonnement und in Buchhandlungen. Bei Abonnements sind mindestens DM 10,- zu überweisen.

In Städten mit linken Buchhandlungen bitte die SC unbedingt dort kaufen, damit unsere Versandarbeiten nicht so anwachsen, daß wir die Einzelabonnements ganz abschaffen oder ihren Preis erhöhen müssen.

Druck: Eigendruck

Verantwortlich für diese Nummer:
Bodo Voigt

Imperialismuskritik der Frankfurter SPD geworfen hätte. Auch in diesem Fall wären die Adressaten über die Öffentlichkeit diffus erreicht worden, soweit es sich nicht um die unmittelbar Beteiligten handelte, aber der Inhalt wäre politisch eindeutiger gewesen und zudem für die eigene Agitation geeigneter.

Die Übertragung Heidelberger SDS-Stadtpolitik beweist sich an dieser Stelle

Demonstration als schematisch und als ungeeignet, eine wirklich zusammenhängende Praxis in Frankfurt zu entwickeln. Diese Einsicht hätte sich schon aus der Analyse der SPD-Fraktionen ergeben können; denn auf sichtbar reaktionäres und obrigkeitliches Verhalten ist hier nicht zu vertrauen. Entlarvungen müssen hier gezielter ansetzen, als es in einer allgemeinen Kennzeichnung von öffentlichen Konfrontationen der sozialistischen und demokratischen Bewegung mit der stadtpolitischen Autorität wie in Heidelberg gemeint ist. Die richtige Kritik an jenen Studenten, die fluchtartig die Hochschule und ihre eigene Vergangenheit verlassen haben, gibt noch keine positive Antwort auf die Fragen, die sich in der besonderen lokalpolitischen Situation jeweils stellen. Sowohl in der Stadtteilarbeit als auch bei kommenden Straßenaktionen muß die Frankfurter Situation genauer als dieses Mal analysiert werden.

2. Von der Bündnisfrage mit dem SHB überlagert, ist das Problem der Gewalt falsch gestellt worden.

In Frontstellung zur ungezielten Militanz einiger Aktionen auf der Straße hat sich inzwischen ein Argument durchgesetzt: Gewalt sei Arbeitern nicht zu vermitteln, während die anfänglichen Kontakte in Betrieben usw. gefestigt werden. Dieses Argument hat hierbei nicht den Charakter einer im einzelnen und aktuell begründeten Taktik, sondern eines allgemeinen Grundsatzes: Gewalt soll erst dann sinnvoll sein, wenn sie als proletari-

sche Aktion wirklich Gegenmacht darstellt. Daß aber das Problem damit vorpolitisch gestellt ist, läßt sich schon durch eine einfache Umkehrung aufzeigen: läßt sich etwa Gewaltlosigkeit vermitteln? Es wird damit klar, daß der Inhalt einer Aktion, nicht die Militanz als solche vermittelt werden muß, d. h. es ist zu bequem, auf spätere Klassenkämpfe zu verweisen und nicht zu sagen, wie es dazu kommen soll. - Grundsätzlich muß zwischen Militanz als Frage aktueller Taktik und revolutionärer Gewalt als Problem des politischen Widerstands gegen die offenen und verdeckten Gewaltverhältnisse in der gegenwärtigen Klassengesellschaft und als Frage des schließlichen Machtkampfes klar unterschieden werden. Denn das muß jede revolutionäre Praxis erreichen: das Bewußtsein von den bestehenden hochorganisierten Klassenverhältnissen als Gewaltzusammenhang und der Möglichkeit, dagegen zu kämpfen. Dazu wird es aber weder automatisch in wirtschaftlichen Krisenzeiten kommen noch schrittweise beim Aufbau einer politischen Organisation, sondern es müssen Kampf- und Aktionsformen gefunden werden, die ein solches Bewußtsein auf jedem Kampf- und Organisationsniveau wirklich vorantreiben. Wie wenig wir bisher aus richtigen und falschen Ansätzen der antiautoritären Aktionsbewegung gelernt haben, zeigt sich daran, daß z. B. kein "nicht-revisionistischer" Genosse (außer der SAG) etwas unternommen hat, als mehrere Bauarbeiter tödlich verunglückten und noch dazu bei der Deutschen Bank an deren 100. Geburtstag in Anwesenheit höchster finanzkapitalistischer, lumpenbourgeoiser und politischer Prominenz. Wahrscheinlich haben die meisten revolutionären Zeitungsleser, statt den Lokalteil politisch zu lesen, pflichtbewußt den Wirtschaftsteil nach konjunkturellen Krisenzeichen durchsucht. Dieses einzelne Beispiel demonstriert, daß die Gewaltfrage politisch gerade da

anfängt, wo sie meist opportunistisch ad acta gelegt wird.

Es müßte dagegen an der Begründung provokativer Aktionen kritisch angesetzt werden, die vor Jarehn in einer Situation der Kampfstillen gegeben wurde, daß nämlich unsichtbare Herrschaftsgewalt mit provokanten Aktionen manifest gemacht werden sollte. Zwei Gefahren liegen in diesem Konzept: 1. daß solche Manifestationen sich weitgehend auf die Intelligenz konzentrieren, und demzufolge 2., daß die Übermacht der herrschenden Gewalt resignativ betont wurde. Nur in den Springerblockaden ist sowohl der kämpferische Widerstandswille sichtbar geworden als auch die klassenmäßige Beschränktheit durchbrochen; in anderer Weise ist dies bei den Straßenbahnaktionen in Heidelberg, Hannover u. a. gelungen. Die gegenwärtige Situation ähnlicher Kampfstillen verlangt neue Lösungen, die klassenbestimmter sein müssen und bessere Vorbereitung und mehr Phantasie verlangen. Wenn es irgendeine Bedeutung haben soll, sich anti- oder nicht-revisionistisch zu nennen, müssen wir diese Lösungen finden. Sonst werden alle vorsichtigen Wachstumstheorien des Klassenbewußtseins zu einer mechanischen Konstruktion - und dies ist letztlich revisionistisch. Es ist hiermit das strategische Problem nur umrissen worden, und es ist notwendig, es in einzelnen praktischen Situationen zu vergegenwärtigen sowie es revolutionstheoretisch auszuarbeiten.

3. Die Demonstration war übertrieben auf organisationsmäßige Zusammenfassung der beteiligten Gruppen angelegt, statt darauf, bestehende Kontroversen auszutragen und öffentlich zu machen.

Der schlechte Kompromiß in der Bündnis- und Gewaltfrage läßt sich auch auf die fixe Idee zurückführen, Vorbereitung, Teach-in und Demonstration müßten hauptsächlich ein organisationsvereinheitlichender Schritt sein. Dadurch ist eine produktive Kontroverse verhindert worden, teils schon, indem sie in jeder einzelnen Position zurückgenommen wurde. Die Teach-in-Öffentlichkeit, wenn sie überhaupt

einen Sinn haben soll, ist auf eine solche Politisierung umso mehr angewiesen, als die meisten Organisationsansätze keinen praktischen Bezug zu den Studentenmassen haben. Hierhin gehört auch die Auseinandersetzung mit jenen, die vorab die Organisation der Theorie betreiben wollen und damit praxisfeindlichen Vorurteilen verunsicherter Studenten Auftrieb geben; es hätte z. B. die Marxistische Aufbauorganisation trotz ihrer praktischen Nichtbeteiligung an den einfachsten Agitationsaufgaben ohne weiteres sprechen können. Denn nichts steht dagegen, die Kontroversen öffentlich zu führen. Eine formale Geschlossenheit ist praktisch bedeutungslos, denn es geht nicht um die interne Selbstklärung schon organisierter Gruppen, welche nach außen Repräsentation üben.

(Betriebsprojektgruppe)

BERICHTIGUNG DER ROTEN GARDE GAGERN

Im SC-Info Nr. 48/49 auf S.15 behauptet Bodo Voigt: "nur sollte sie (die organisatorische Schulung) sich dogmatischen Verengungen, wie sie z. B. in der Plattform der KPD/ML - auf die die Schüler sich hauptsächlich beziehen - erkennbar sind, nicht von vornherein unterwerfen."

DIESE BEHAUPTUNG ENTBEHRT JEGLICHER GRUNDLAGE. Ein Genosse, der inzwischen aus der Roten Garde Gagern ausgeschieden ist, hat diese Information auf Grund seiner falschen subjektivistischen Einschätzung der Lage an B.Voigt, den er persönlich kennt, weitergegeben.

Die RGG ist momentan nicht in der Lage, sich als gesamte Gruppe mit den verschiedenen Organisationen ideologisch auseinanderzusetzen. Sie befindet sich gerade in einer Schulungsphase, in der die nötigen Kriterien zur Organisationsfrage erarbeitet werden sollen. Die RGG ist deshalb jetzt noch nicht bereit, auf Angriffe von anderen Gruppen inhaltlich einzugehen.

Inzwischen hat die RGG beschlossen, daß Mitglieder ohne besonderen Auftrag der RGG keinerlei Informationen an andere Gruppen weitergeben dürfen.

ÜBER DIE SCHWIERIGKEITEN DER
SOLIDARITÄT MIT DEN HEIDELBERGER
GENOSSEN

1.

Wenn man die Bündnisfrage mit der Militanzfrage unmittelbar verknüpft, müssen Fehler entstehen.

Wir haben schon bei der Kambodscha-Demonstration gesehen, daß wir in Erklärungsschwierigkeiten kommen, wenn wir eine "Einheitsfront" aller friedliebenden und demokratischen Kräfte nur mit dem vagen Hinweis auf unser antirevisionistisches Selbstverständnis ablehnen. Wir haben gesehen, daß sich dieses Selbstverständnis im Kern immer noch allein an der Frage der Militanz festmacht. In der Kambodscha-Angelegenheit haben wir versucht, dieses Dilemma mit einem Teach-in-Beitrag über die Koexistenzfrage zu lösen. Daß das nicht ausreicht, war uns allen klar.

Bei der Vorbereitung der Solidaritätsdemonstration für die Heidelberger Genossen sind wir noch unmittelbar mit dem gleichen Problem konfrontiert worden: alle beteiligten Gruppen teilten die allgemeine Einschätzung der angesichts des Verbots zu mobilisierenden Zielgruppe. Die "Marxistische Aufbauorganisation" hat sie in ihrem Papier so formuliert:

"Einen unmittelbaren politischen Machtfaktor stellt in der BRD im Augenblick nur das liberale und demokratische Potential dar. auf das sich unter anderem die SPD/FDP-Koalition noch stützen muß, und zu dem sie sich durch das Verbot in Widerspruch gesetzt hat. Diesen Widerspruch können wir taktisch ausnutzen. indem wir mit einem Aktionsbündnis mit den Liberalen und dem Mittel des öffentlichen Drucks auf die Regierung einwirken, um womöglich eine Zurücknahme des Verbots oder zumindest ein Stillhalten gegenüber Nachfolgeorganisationen zu erreichen."

Soweit richtig. Die KG hat daraus abgeleitet

1) den defensiven Charakter einer solchen Aktion,
2) die Notwendigkeit eines Herunterspielens der anti-revisionistischen Identität der Gruppen aus angeblich taktischen Gründen,
3) die derzeitige Unmöglichkeit, aus diesem Anlaß vor oder in Betrieben zu agitieren. Sie hat von diesen drei Ableitungen her das vorgeschlagene Demonstrationsziel, das SPD-Haus in der Fischerfeldstr., abgelehnt und eine Kundgebung auf dem Römerberg vorgeschlagen. Sie hat damit von vornherein die Diskussion möglicher militanter Maßnahmen unsererseits ausgeschlossen. Sie hat damit dem SHB ermöglicht, auf den abstrakten Protest gegen das Cabora-Bassa-Projekt auszuweichen und diese imperialistische Spezialität des bundesrepublikanischen Kapitals abzutrennen von der Tätigkeit der SPD als Staatspartei.

2.

Die KG, die "Marxistische Aufbauorganisation", der SHB und der Frankfurter Unterbezirk (siehe seine Presseerklärung, die mit Cabora Bassa technokratische Zentralisierungsinteressen verbindet und weit davon entfernt ist, anti-imperialistische Forderungen durchsetzen zu wollen) sind sich in einem Punkt einig, auch wenn man unterschiedliche Motive konzedieren will:

"Ebenso setzen die Gruppen unreflektiert die schlechte Tradition der Studentenbewegung fort, die jetzt mit dieser Demonstration ihre alten abstrakten Internationalismus-Kampagnen wieder aufwärmen. Insofern muß auch die Heidelberger Gruppe kritisiert werden. Eine zentrale Cabora-Bassa-Kampagne ist jetzt nicht nur aus technischen Erwägungen nicht mehr zu realisieren, wie Frank Wolff meint, sondern hat eben überhaupt zum jetzigen Zeitpunkt keine Funktion mehr. Noch weniger Sinn hat es, eine abstrakte Vermittlung von abstraktem Internationalismus mit der deutschen Innenpolitik zu leisten. Noch gro-

tesker ist die Vorstellung der SAG Darmstadt, den abstrakten Internationalismus den Arbeitern vor den Betriebstoren zu verkaufen." (M.A.O.)

Das Pochen auf "realpolitische" Einschätzung der gegenwärtigen Machtverhältnisse und das Konstatieren der fehlenden Klassenkämpfe des Proletariats eröffnen eine unendliche Rationalisierungskette für diejenigen, die sich den tagespolitischen Notwendigkeiten entziehen wollen, indem sie behaupten, solche Ereignisse wie das Heidelberger SDS-Verbot müßten ganz getrennt von den langfristigen Aufgaben, den eigentlich revolutionären, behandelt werden. Von daher ist es auch konsequent zu behaupten, der notwendige Organisationsprozeß, die notwendige Theoriebildung müsse sich getrennt von solchen tagespolitischen Kämpfen vollziehen.

Es ist legitim zu sagen, daß man aus theoretischen und arbeitsökonomischen Gründen unfähig ist, sich mit den Problemen einer Betriebsagitation zu Fragen des Staates und des Imperialismus auseinanderzusetzen, wenn gleichzeitig gefragt wird, welche Kooperationsbedingungen und durchschaubaren Arbeitsteilungen geschaffen werden müssen, damit dieses Unvermögen der Betriebsgruppen aufgehoben werden kann; es ist aber illegitim zu behaupten, eine solche Agitation sei gegenwärtig unnötig und verderblich, weil die Arbeiter das nicht verstehen könnten, weil das den langfristigen Organisationsprozeß verhindere, weil es die Studentenrevolte fortsetze. Die Studentenrevolte ist schließlich nicht daran zerbrochen, daß sie falsche Themenstellungen aufgegriffen hätte, sondern weil sie an einem bestimmten Punkt realisieren mußte, daß diese Themenstellungen unorganisiert und unsystematisch von wenigen Individuen nach undurchschaubaren Kriterien in Aktionen und Legitimationen eingebracht wurden.

3)

Wenn man also der Meinung ist, daß Organisation und politischer Kampf

zumindest zusammen gedacht werden müssen, daß es hier kein Nacheinander geben kann, so hat man nach den Organisationsinhalten, nach Kampfzielen zu fragen: Was sind also bitteschön die Inhalte und Ziele von Betriebsagitation, von Politik an der Hochschule? Keine Betriebsgruppe kann behaupten, daß es genügt, sich an die Chemie-Tarifrunde anzuhängen, um damit Klassenbewußtsein zu erzeugen.

"Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen. Deshalb darf man auf die Frage: Was ist zu tun, um den Arbeitern politisches Bewußtsein zu vermitteln? - nicht allein die Antwort geben, mit der sich in den meisten Fällen die Praktiker begnügen - von den Praktikern, die zum Ökonomismus neigen, zu schweigen -, nämlich die Antwort: 'Zu den Arbeitern gehen.' Um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln, müssen die Sozialdemokraten in alle Klassen der Bevölkerung gehen,..." (Lenin, Was tun?, AW I, S.177)

Wenn man diese Forderungen Lenins zunächst akzeptiert, so ist eine zunächst liberale Forderung, wie wir sie vor der Demonstration an den SPD-Unterbezirk gestellt haben, nur sinnvoll, wenn man sie gleichzeitig verbindet mit einer gemeinsamen Diskussion der Möglichkeiten einer langfristigen und kontinuierlichen Stadtpolitik. Sie hätte überdies zu kontrollieren, wie der Unterbezirk seine verbalen Zusagen wahr macht, und aus dieser Kontrolle agitatorische Konsequenzen zu ziehen. Die KG und andere haben dies als "Fixierung an die SPD" abgetan.

4)

Wir, die "Pädagogen", konstatieren selbstkritisch, daß wir nicht in der Lage waren, zu diesem Anlaß die marxistische Theorie vom kapitalistischen Staat analytisch auf die Politik der SPD im Zusammenhang mit dem Heidelberger SDS-Verbot so anzuwenden, daß sich eine klare Linie für die Agitation zur Demonstration ergeben hätte.

Welche Konsequenzen haben wir daraus zu ziehen?

Auf dem gegenwärtigen Stand der Bewegung in Frankfurt sind Konfrontationen mit der Stadt- beziehungsweise Staatspartei SPD in der nächsten Zeit aus zwei Arten von Anlässen zu erwarten und anzustreben:

1) hervorgehend aus der Praxis der Stadtteilgruppe "Roter Gallus"; der erste Ansatz zu einer Konfrontation mit der SPD hat sich hier anlässlich der Mietkampagne bereits gezeigt, konnte aus objektiven Gründen jedoch noch nicht weiter getrieben werden;

2) im Zusammenhang mit Imperialismusfragen, etwa bei Aktionen gegen das Cabora-Bassa-Projekt. In dieser Frage hat sich die Frankfurter SPD, auch wenn sie uns kurzfristig damit gelascht hat, festgelegt; ebenso, wie in der Frage des SDS-Verbots.

Aus arbeitsökonomischen Gründen sind wir nicht in der Lage, die inhaltliche Vorbereitung anti-imperialistischer Aktionen, teahh-ins und Demonstrationen als Gruppe zu tragen. Was wir jedoch können und müssen, das ist, uns als Gruppe auf Konfrontationen, wie sie aus derartigen Anlässen hervorgehen können und müssen, organisiert und systematisch vorzubereiten.

Wir haben daraus folgende Konsequenzen gezogen:

1) Wir delegieren vier Genossen zur Mitarbeit in der Trikont-beziehungsweise Amerika-Gruppe;

2) in unserer organisationstheoretischen Schulung werden wir in der nächsten Zeit die Staats- und Imperialismus-Problematik intensiv behandeln, beginnend mit Lenins "Staat und Revolution".

Schließlich erwarten wir von der Stadtteilgruppe "Roter Gallus", daß sie ihre Erfahrungen aus der Mietkampagne möglichst bald veröffentlicht, damit die Frankfurter Gruppen die zukünftige Politik gegenüber der Frankfurter SPD diskutieren und über die notwendige Kooperation bei ihrer theoretischen Erarbeitung entscheiden können.

"Pädagogen"-Gruppe

ZUR FRAGE DER BÜNDNISPOLITIK

Im Anschluß an die Demonstration gegen das Verbot des Heidelberger SDS ist die Form der Demonstration und das Aktionsbündnis, das die revolutionären Gruppen in FFM mit dem SHB eingegangen waren, kritisiert worden. Vor allem wurde argumentiert, die wenig militante Form der Demonstration habe dem SPD-Unterbezirksvorstand Gelegenheit gegeben, sich auf eine unverbindliche Weise mit unseren Forderungen scheinbar zu solidarisieren und es sei ihm so gelungen, zu verschleiern, daß sich unser Kampf ja gerade gegen die SPD richtete und damit unserem Kampf die Spitze zu nehmen.

Wenn man die Demonstration militanter durchgeführt hätte, (z.B. als Besetzung des SPD-Hauses), wäre unsere Frontstellung zur SPD eindeutig in Erscheinung getreten. Diese Frage zu klären - nämlich wie wir uns gegenüber der 'linken' SPD, dem SHB und anderen reformistischen Organisationen verhalten sollen, - ist nicht nur im Rahmen einer nachträglichen Selbstkritik ~~xxx~~ unserer Demonstration gegen das Heidelberger Verbot des

SDS relevant, sondern wird uns mit Sicherheit auch in Zukunft bei ähnlichen Aktionen wieder beschäftigen. Es muß daher der Versuch gemacht werden, sie prinzipieller zu klären, als bisher geschehen ist. Nur dadurch können wir verhindern, daß unsere Politik blindlings zwischen Angeboten zu einer 'demokratischen' Einheitsfront und einem unpolitischen Scheinradikalismus hin und her schwankt.

Wenn man das Aktionsbündnis, das wir im Rahmen der Heidelberger Aktion mit dem SHB eingegangen sind, und dem die meisten der auf der vorbereitenden Diskussion am Abend des 28.6. anwesenden Gruppen im Prinzip zugestimmt hatten, nachträglich noch einmal genauer bestimmen will, müssen vor allem 3 Punkte geklärt werden:

1. Welche prinzipiellen Differenzen bestehen zwischen uns und dem SHB bzw. der 'linken' SPD im Hinblick auf die Fragen, um die es bei der Demonstration ging?
2. Welche politischen Erwartungen ließen uns das Zusammengehen mit dem SHB geboten erscheinen?
3. Was ergibt sich aus der Antwort, auf diese beiden Fragen zu der Frage der Militanz bei der Demonstration?

1) Die Frage nach den prinzipiellen zwischen uns und dem SHB - 'linker' SPD im Hinblick auf das SDS-Verbot und das Cabora Bassa-Projekt läßt sich auf der Grundlage der "Erklärung der Frankfurter SPD" (vgl. ASTA-Dokument) eindeutig beantworten.

Die Kritik der Frankfurter SPD hält sich ausschließlich in einem formal legalistischen Rahmen. Gegen das Verbot wird lediglich der Einwand erhoben, daß es "verfassungsrechtlich auf schwachen Füßen" stehe. Bedeutet dies, daß der SPD-Unterbezirksvorstand (UBV) ein Verbot revolutionärer sozialistischer Organisationen begrüssen wird, wenn

es "verfassungsrechtlich auf starken Füßen" stünde?

Die Mitglieder des SPD-UBV und des SHB nennen sich 'Sozialisten', einige sogar Marxisten, indem sie sich hinter diese Begründung des UBV stellen, billigen sie aber grundsätzlich den bürgerlichen Gerichten das Recht zu, sozialistische Gruppen zu verbieten.

Die Verfassung der Bundesrepublik von 1949 samt Notstandszusätzen von 1968 sind aber nichts anderes als ein formaldemokratischer Schein zur Verschleierung der bürgerlichen Diktatur. Was dieser notdürftig verschleierte Diktatur nützt, ist verfassungsrechtlich auch legitimierbar. Eben deshalb erklären der Heidelberger SDS und die revolutionären Sozialisten dem bürgerlichen Parlamentarismus den Krieg und setzen es sich als Ziel, ihn durch eine Räte-demokratie zu ersetzen. Wir lassen uns dabei nicht aufs Grundgesetz vereidigen, wie das der UBV der Frankfurter SPD wohlwollend versucht.

Das Grundgesetz ist wie die parlamentarische Demokratie selbst ein Herrschaftsinstrument der Besitzenden. Die Frage des Verbots des Heidelberger SDS oder irgendeiner anderen revolutionären sozialistischen Organisation ist nicht eine Frage der 'richtigen' Interpretation des Grundgesetzes. Sie ist eine Machtfrage im Klassenkampf. Wir kämpfen gegen die Bourgeoisie und ihre Diktatur nicht im Rahmen einer formaldemokratischen Verfassung, sondern im Namen des historischen Rechts der Unterdrückten und Ausgebeuteten auf eine bessere Gesellschaft.

Auch zu dem Teil der Erklärung, der zu dem Cabora Bassa-Projekt Stellung nimmt, kann eine ebenso fundamentale Kritik formuliert werden. Unter Punkt 1) wird die westliche 'Entwicklungshilfe' mit dem Argument kritisiert, sie diene lediglich "unseren (kurzsichtigen) Wirtschaftsinteressen". Offenbar kann man diese Passage

nicht anders als dahingehend interpretieren, daß die SPD sich "unsere" langfristigen Wirtschaftsinteressen zu eigen machen will, und "unsere" kann wohl nichts anderes heißen als: die langfristigen Wirtschaftsinteressen des westdeutschen Kapitals. Das wird auch durch die folgenden Punkte noch erhärtet.

Die SPD protestiert hier gegen den Cabora Bassa-Plan, "der sich im vergangenen Jahrhundert ereignet haben könnte": an die modernen Methoden des Neokolonialismus, die Methoden des 20. Jahrhunderts, denkt sie aber offenbar nicht. Der Protest der 'linken' SPD richtet sich lediglich gegen die reaktionärsten und kompromittiertesten, die rassistischen Formen der imperialistischen Ausbeutung. In der ganzen Erklärung ist aber keine Rede von den neo-kolonialistischen Methoden der imperialistischen Unterdrückung, wie man sie gerade in den politisch scheinbar unabhängigen Ländern z. B. Afrikas findet. Im Gegenteil: mit seiner Stellungnahme zum Cabora-Bassa-Projekt und mit seiner verbalen Solidarität mit der Frelimo macht sich der Vorstand des SPD-Unterbezirks zum Agenten einer bestimmten Fraktion des Kapitals, die sich auf den Sieg der Befreiungsfront einstellt und diesen Sieg schon heute in ihre neokolonialistische Strategie einbezieht. Die Interessen des Kapitals in der Dritten Welt sind nicht einheitlich. Man kann unterscheiden zwischen dem Interesse, bestehende Ausbeutungsverhältnisse wie sie unter den alten Kolonialmächten entstanden, gegen die nationalen Befreiungsfronten zu verteidigen und dem Interesse, sich in diesen Ländern auch nach einer nationalen Befreiung Investitionschancen zu sichern

Diese Fraktion des Kapitals spekuliert sowohl auf den absehbaren Sieg der Befreiungsfronten als auch auf deren nationalistisch-

kleinbürgerlichen Charakter, der das Kapital auf eine Zusammenarbeit zu dem von ihm definierten Bedingungen hoffen läßt. Diese Fraktion des Kapitals findet ihren politischen Ausdruck in der SPD. Obwohl im Falle der Erklärung zum Cabora-Bassa-Projekt und zum Verbot des Heidelberger SDS die Frankfurter SPD dieser Politik offen Ausdruck verleiht, kommt im allgemeinen dem 'linken' Flügel der SPD mit solchen Erklärungen eine Alibifunktion für die gesamte SPD zu.

Innerparteiliche Regelungsmechanismen lassen dem linken Flügel der SPD immer soviel Spielraum, daß er dieser Funktion nachkommen kann. Er rückt nach links, natürlich nur verbal, wenn es gilt, radikaleren Bewegungen außerhalb der Partei die Spitze zu nehmen. Das macht ihn gefährlich. Daraus ergibt sich, daß die linke Fraktion der SPD in ihrer Rolle als bloßes Alibi für die kapitalistische Politik der Regierungs-SPD entlarvt werden muß.

2. Welche politischen Erwartungen ließen uns ein Aktionsbündnis mit dem SHB bzw. dem linken SPD-Flügel geboten erscheinen?

Unser Ziel war ein doppeltes: Einmal sollte die Front gegen das SDS-Verbot und gegen den Imperialismus in Mozambique verbreitert und gestärkt werden, in dem alle diejenigen Studenten und Arbeiter in die Aktion einbezogen werden sollten, die sich den 'linken' Sozialdemokraten verbunden fühlen. Zum anderen kam es darauf an, in der Aktionsvorbereitung und während der Aktion selbst, diese 'linken' politisch zu entlarven, indem wie in Punkt 1 angedeutet, ihr nicht-sozialistischer Charakter inhaltlich aufgedeckt und nachgewiesen wird, daß die 'Linken' von Möller bis Streck an einer breiten Solida-

ritätsbewegung gegen das SDS-Verbot nicht interessiert sind. Der SHB aus hochschulpolitischen, Müller aus staatspolitischen Gründen.

Wir wissen, daß eine bloß wortradikale Beschimpfung des linken SPD-Flügels diese nicht entlarven und schwächen wird. Kurz: Ziel jedes Bündnisses mit anderen, sich als sozialistisch und kommunistisch~~en~~ bezeichnenden Gruppen, die vorgeben, im Namen der Arbeiterklasse zu handeln, ist Stärkung der Einheitsfront gegen die herrschende Klasse, in diesem Fall gegen das Cabora-Bassa-Projekt und Schwächung dieser reformistischen Gruppierung, sei es der SPD, sei es der DKP.

Die konkret einzuschlagende Taktik hierbei wird von Fall zu Fall neu diskutiert werden müssen. Die grundsätzlichen Ziele eines Aktionsbündnisses bleiben die gleichen. Fragwürdig würde eine Bündnispolitik erst dann, wenn inhaltliche Abstriche von der eigenen revolutionären sozialistischen Zielsetzung gemacht würden, um ein Bündnis überhaupt erst zu ermöglichen. Beispielhaft ist hier die Praxis der DKP etwa bei NFD-Aktionen und teilweise auch des SDS während der Anti-Wotstandskampagne: die Sammlung aller "friedliebenden und demokratischen Kräfte" gelingt nur durch Verschleierung der eigenen revolutionären Klassenposition. Um liberale bürgerliche Elemente in das Aktionsbündnis oder wie im Fall der DFU und ADF in eine gemeinsame Wahlplattform einbeziehen zu können, wird ein teurer Preis bezahlt: Die politische Gemeinsamkeit stellt sich nicht auf dem Fundament des sozialistischen proletarischen Klassenkampfes her, sondern auf dem Boden bürgerlich-demokratischer Ideologie. Ein solches Bündnis stärkt letztlich den Klassengegner, weil zu seiner Herstellung der Klassenkampf selbst hintenan gestellt werden muß.

Das ist der Unterschied einer proletarischen Einheitsfronttaktik und einer bürgerlich-liberalen Volksfronttaktik. Historisch war es der Unterschied zwischen der Einheitsfronttaktik der kommunistischen Parteien 1921-23 und dem antifaschistischen Kampf der Komintern im Namen der bürgerlichen Demokratie seit 1934.

Die Voraussetzung dafür, daß eine solche Einheitsfronttaktik gelingen kann, ist also nicht ein geschicktes Lavieren, um den SHB oder die SPD nicht abzuschrecken. Wir erwarten vom SHB und dem linken SPD-Flügel nicht, daß er über seine guten Kanäle nach Bonn das Cabora-Bassa-Projekt verhindert, oder gar das SDS-Verbot aufhebt. Unser Ziel kann es nicht sein, einen beschwichtigen Versuch zur Verhinderung des Cabora-Bassa-Projekts einzuschlagen, d.h. über den linken SPD bestimmten Fraktionen des Kapitals vorzuschlagen, daß die Unterstützung des Cabora-Bassa-Projekts seinen eigenen langfristigen Interessen in Afrika widerspreche.

Gerade diese Strategie wurde von nicht wenigen 'Nichtrevisionisten', zumindest im Fall Cabora Bassa in Erwägung gezogen. Aber das Verbot des SDS Heidelberg kann, wie der Imperialismus selbst, nur durch die tatsächliche Macht der sozialistischen Bewegung aufgehoben werden. Die Begründung des SPD-Unterbezirksvorstands zur Ablehnung des Cabora-Bassa-Projekts und gegen das Verbot des Heidelberger SDS zeigt, daß diese 'Linken' in der SPD Frankfurt und dem SHB dem parlamentarischen Kretinismus, wie sie der deutsche Arbeiter seit 70 Jahren kannte, übergeblieben sind.

In der nächsten Nummer der SC:

SAG: Lehrlingsarbeit
Kommunistische Gruppe: Selbstdarstellung
Pädagogengruppe: Zur Organisationsfrage

3. Warum war eine militante Demonstration fehl am Platz?

Die Ansicht, daß die Demonstration hätte militanter durchgeführt werden müssen, um die Sprenu vom Weizen, die linke SPD von den Revolutionären zu trennen, kann von uns nicht akzeptiert werden. Eine größere Militanz bei der Demonstration hätte nicht im geringsten dazu beigetragen, die oben genannten prinzipiellen politischen Differenzen deutlicher zu machen. Sie hätte die manipulative Funktion, die die Erklärung des SPD-UBV hat, nicht nur nicht aufgedeckt, sondern noch verstärkt. ✓

Politisch falsch wäre die Ablehnung einer militanteren Aktion mit der Begründung, dies hätte ein aus 'realpolitischen' Gründen wünschenswertes und mögliches Bündnis mit dem SHB unmöglich gemacht. Unsere Argumentation ist: Eine 'militantere' Demonstration hätte nicht nur nichts zur Entlarvung des linken SPD-Flügels geleistet, es hätte ihn politisch sogar aufgewertet. Es hätte ihm den formalen Vorwand geliefert, sich aus der Demonstration vor dem SPD-Haus rauszuhalten (ebenso wie das militantere GO-In ins Arbeitnehmerforum der SPD unter Führung K.D. Wolffs Möller und seinen Leuten nur den formalen Vorwand geliefert hat, eine unbequeme Diskussion über die Regierungspolitik der SPD abubrechen). Die kalkulierte Militanz (Besetzung des SPD-Hauses) hätte niemanden, der es nicht schon vorher wußte, deutlich gemacht, warum die linke SPD nicht dazu in der Lage ist, den Kampf gegen das SDS-Verbot und gegen den Imperialismus, wie er in Mozambique und überall in der Welt erscheint, wirksam zu führen und zu organisieren. Ein paar eingeworfene Fensterscheiben, eine Besetzung des SPD-Hauses, hätten nicht darüber hinwegtäuschen können, daß die revolutionären

Gruppen im Augenblick nicht dazu in der Lage sind, etwa den Betrieb an deutschen Hochschulen aus Protest lahmzulegen. Dies hätte eine Antwort auf das Verbot sein können. Die Furcht davor saß anderen Innenministern als Krause im Nacken, und hinderte sie daran, den SDS schon viel früher zu verbieten. (Hiermit soll keinesfalls eine generellen Gewaltlosigkeit das Wort geredet werden. Militanz kann aber nicht Ersatz mangelnder Stärke der Sozialistischen Bewegung sein. Sie muß, wenn sie politisch sinnvoll sein soll, Ausdruck ihrer zunehmenden Macht sein. Wann und in welcher Form ein höherer Militanzgrad wünschenswert ist, kann an dieser Stelle nicht allgemein geklärt werden).

Die Hinnahme des Verbots des SDS, Heidelberg durch die revolutionäre Linke dokumentiert zunächst ihre ~~die~~ politische Schwächung. Die Aufhebung des Verbots setzt deshalb vor allem eine klare Erkenntnis über die Ursachen dieser Schwächung voraus. In der Forderung nach einem höheren Militanzgrad als Vehikel zur Distanzierung von der 'linken' SPD ist nichts von einer solchen Erkenntnis zu entdecken.

Diskussionsbeitrag aus der SAG

ANGOLA / MPLA

Agostinho Neto:
Wir kämpfen für die uneingeschränkte Unabhängigkeit

Amilcar Cabral:
Interview mit der Trikontinentale

Amilcar Cabral:
Die Ökonomie der Befreiung

"Portugiesisch"-Guinea:
Medizinische Versorgung der Guerillas

Einzelverkauf im LIBRESSO, ab 10 Ex.
(DM 10,-) durch Vorüberweisung auf
Postscheck Frankfurt 194 34, Konto-
bezeichnung SDS Frankfurt.

AUS DER ARBEIT DER FRANKFURTER GRUPPEN

ARBEITSPROGRAMM DER AMERIKA-GRUPPE

VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH UND BESIEST
DIE USA - AGGRESSOREN UND IHRE LAKAIEN !!

Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sollen sich zusammenschließen, die Völker aller Kontinente sollen sich zusammenschließen, alle friedliebenden Länder sollen sich zusammenschließen, alle Länder, die unter der Aggression, der Kontrolle, der Einmischung und der Tyrannei der USA zu leiden haben, sollen sich zusammenschließen; sie sollen die breiteste Einheitsfront herstellen, um die Aggressionspolitik des USA - Imperialismus zu bekämpfen und den Weltfrieden zu verteidigen.

Mao Tse-tung

Die Erfahrungen verschiedener Aktionen und Demonstrationen, zuletzt der Kam-bodscha-Demonstration, haben uns ein doppeltes gelehrt: einerseits ist es absolut notwendig, in Zukunft internationalistische Aktionen und Demonstrationen theoretisch besser vorzubereiten und zu begründen: es wäre fahrlässig und vom Standpunkt der anderen Gruppen aus borniert, solche langfristig zu leistende theoretische Arbeit irgendwelchen spezialisierten und unkontrollierten Genossen zu überlassen. andererseits wäre es gefährlich, wenn solche Arbeit zur bloß theoretischen Verkommen würde.

Wir veröffentlichen daher unser Arbeitsprogramm, damit alle Gruppen darüber diskutieren können und über eine Beteiligung an dieser Arbeit entscheiden wir hielten es für sinnvoll, wenn diese Gruppe sich 'interfraktionell' zusammensetzen würde. - Wenn wir an diesem Programm, das Situation und Entwicklung der USA zum Gegenstand hat, arbeiten, so bedeutet das nicht, daß wir uns als theoretischer Zirkel verstehen: wir werden weiterhin Veranstaltungen in der BRD organisieren, werden Agitationsmaterialien herstellen und verschicken, werden Kontakte mit amerikanischen Genossen herstellen.

1.Ökonomische Entwicklung der USA

a) Historischer Rekurs auf die Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus. - Lit.: G.Myers. Die großen Bosse; E.Krippendorff. Die amerikanische Strategie; P.Baran. Politische Ökonomie des Wachstums.

b) Verknüpfung von US- und Weltimperialismus:

- Situation der nationalen Monopol-situationen durch das Weltwährungssystem. Lit.: E.Altvater. Weltwährungskrise.

- Analyse des ökonomischen Bündnis-systems, durch das die USA versuchen, durch Absprache und vertragliche Regelungen mit "befreundeten" Nationen - sei es in Europa, sei es in Asien etc. - ihre ökonomischen und politischen Einflus-sphären festzulegen. Lit.: E.Mandel. Die EWG und die Konkurrenz Europa - Amerika.

c) Der US-Imperialismus und seine Fraktionen: Welches sind die kurz- und langfristigen imperialen Interessen der verschiedenen Fraktionen des amerikanischen Kapitals: Rüstungsindustrie; Ausbeutung der dritten Welt durch Rohstoffe; aber auch Programme zur intensiveren Ausbeutung der dritten Welt: zur Lösung des Welternährungsproblems mit der Absicht, massenhaft Menschen aus

der Landwirtschaft freizusetzen, die als freie Arbeitskräfte zu minimalen Lohnkosten für Montagearbeiten herangezogen werden können. Lit.: Baran/Sweezy. Monopolkapital; E.Mandel. Marxistische Wirtschaftstheorie (einige Kapitel); H.Magdoff. Das Zeitalter des Imperialismus.

d) Strategien der Konterrevolution: zu analysieren wäre die Entwicklung der innen- und außenpolitischen - konterrevolutionären politischen Pläne der USA, die sowohl militärische Niederschlagung und Unterdrückung als auch Befriedigungs- und Sanierungsstrategien umfassen. Lit.: Baran/Sweezy. Monopolkapital; D.Horowitz (Hg). Strategien der Konterrevolution; K.Steinhaus. Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes.

2. Analyse der Opposition in den USA

Anders als in den kapitalistischen Ländern Europas hat es in dem Mutterland des heutigen Imperialismus nie eine Opposition gegeben, die einen relevanten gesellschaftlichen Machtfaktor darstellt und die bestehende Gesellschaft insgesamt als System bekämpft hätte (die kommunistische Partei macht da keine Ausnahme). Die seit 1960 entstandene Opposition konnte sich daher auf keine Tradition berufen und sich damit auch nicht auf Ansätze einer konsistenten, systematisch-theoretischen Interpretation gesellschaftlicher und historischer Entwicklungen beziehen.

Zu analysieren wäre also, wie sich die erste relevante Opposition, die Civil-Rights-Bewegung, als selber noch systemimmanente, der liberalen Ideologie von den Aufgaben des Staats aufsitzende Bewegung, deren Movens moralischer Protest war, konstituierte und wie die von ihr entwickelten Aktionsformen lange Zeit (weit über die ersten Ansätze von SNCC und Core, des SDS und der Free-Speech-Movement hinaus) eine Redikalisierung erfuhren, die von materialistischen Präzisierung der Gesellschaftsanalyse begleitet waren; daß also die amerikanische radikale Opposition sehr spät erst zu der Einsicht in die Notwendigkeit kam, bei der weiteren Arbeit von den Ansätzen einer Klassenanalyse, die materia-

listisch gerade die Rolle der Schwarzen zu interpretieren hätte, auszugehen; daß zudem die USA sehr spät erst als Zentrale des Weltimperialismus begriffen wurden.

In diesem Zusammenhang wären die spezifischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Aktions- und Organisationsformen zwischen amerikanischer und europäischer Linker zu analysieren. Gleichzeitig könnte an der Entwicklung der amerikanischen Linken die allgemeine Frage von Übergangsforderungen und taktischen Programmen diskutiert werden.

Ein weiterer Punkt wäre das Verhältnis von radikaler weißer Opposition und der Black-Panther-Party.

Lit.: Massimo Teodori (Hg). The New Left, A Documentary History, 1969; Die Fraktionierung der amerikanischen SDS, 1970.

3. Die nationale Frage

Die Position der Linken gegenüber Fragen des Nationalismus der farbigen Minoritäten ist in der Geschichte der USA schwankend gewesen; so forderte die KPdUSA Ende der 20er Jahre sechs Südstaaten für die amerikanischen Schwarzen, später jedoch rief sie auf: "Black an white, unite and fight!" Die Bedeutung der Garvey-Bewegung als Vorläufer von Malcolm X und der Black-Panther-Party wird gewöhnlich unterschätzt. Die Auseinandersetzungen zwischen Carmichael und der BPP werden gewöhnlich für eine Frage ohne große Relevanz gehalten.

Wenn heute Cleaver davor warnt, daß der Klassenkampf doch noch vom Rassenkrieg abgelöst werden könnte, ist das kein hohles Pathos. In Chicago wollte die schwarze Ghettobevölkerung nach der Ermordung Fred Hamptons und Mark Clarks die Ghettos nachts ganz für Weiße sperren, die BPP mußte einen Teil der eben erst gewonnenen Solidarität aufs Spiel setzen, als sie dagegen auftrat.

Zum Verhältnis der Linken zur nationalen Frage in den USA müßten die wichtigsten Dokumente aus den 20er Jahren (fast sämtlich unübersetzt) wie KP-Resolutionen, Papiere aus der Garvey-Bewegung, Erklärungen zur Back-to-Africa-Bewegung studiert und ausgewertet werden, um dann die aktuellen Fragen des Ver-

hältnisses von BPP/New Republic of Africa/US angehen zu können.

4. Informationsaustausch und Berichte nach Amerika

Verstärkte isolationistische Tendenzen schaffen u.a. ein politisches Klima in den USA, das die Isolierung und brutale Bekämpfung der Linken begünstigt. Für die amerikanischen Genossen wird es gerade im Augenblick immer wichtiger, Berichte aus Europa zu erhalten, wo Informationsreisen europäischer Genossen mit Einreiseverboten verhindert und Nachrichten von der Presse systematisch unterschlagen werden.

Deswegen sollten außer Berichten über antiimperialistische Aktionen, Black-Panther-Solidaritätskampagnen vor allem auch die wichtigsten Materialien der theoretischen Diskussion regelmäßig versandt werden.

Die Zeitschrift 'Leviathan' wird demnächst eine Sondernummer über die europäischen Bewegungen herausgeben, an der wir uns beteiligen können.

5. Auswertung aktueller Informationen

Die hier aufgeführten Publikationen erhalten wir (sofern periodisch erscheinend) regelmäßig. Sie müßten durchgearbeitet und die Informationen nach bestimmten Gesichtspunkten archiviert werden).

- Zeitungen: The Black Panther
Liberation News Service
New Left Notes
Movement
Leviathan(theoret.Organ)
- Zeitungen der Subkultur:
Casa, Ann Arbor
The Great Speckled Bird
Old Hole
Berkeley Barb
- Zeitungen der Universitäten:
San Francisco
Los Angeles(unregelm.)
- Wochenzeitschrift:
Guardian
- Zeitschriften und Broschüren:
BPP-Broschüren
Black and Red-Pamphlets
(Universität Kalamazoo)
Radical Education Project
(Wirtschaftsprobleme des Imperialismus, zur Frage der Schwarzen, dritte Welt)
NACLA(Dokumente und Analysen zur dritten Welt)
SDS(Agitationsmaterial zur Studentenbewegung, zur Community Organizing, zur Wehrpflicht, zur GI-Agitation.)
History of Farm Labour
(zur Gewerkschaftsfrage).

Amerika-Gruppe/Black-Panther-Solidaritätskomitee
(vorläufig zu erreichen über:
77 67 96 oder 72 88 28)

Sozialistische Arbeitergruppe (SAG):

DIE SEPTEMBERSTREIKS UND DIE AUFGABEN DER REVOLUTIONÄREN LINKEN
Kritik an Lefèvre und anderen

(Schluß)

Die genannten Streiksituationen dienen dazu, die Vielfältigkeit der taktischen und organisatorischen Aufgaben in den verschiedenen Stufen und Formen gewerkschaftlicher Kämpfe anzudeuten. Die Organisierung des Kampfes gegen die Betriebsräte und für ihre Neubesetzung durch klassenbewußte Arbeiter ist im Augenblick das vielleicht nächstliegende und durchaus vom Bewußtseins-

stand vieler Belegschaften erreichbare Ziel. In dem Maße, wie sich in einzelnen Branchen oder Regionen Strukturkrisen abzeichnen, oder allgemeine Rezessionstendenzen auftauchen, wäre die Organisierung des Kampfes gegen die Gewerkschaftsbürokratie noch dringlicher als im Augenblick, wo betriebliche Streiks zumeist noch ausreichen, um Forderungen durchzusetzen.

Verbrennen von Mitgliedsbüchern ist dabei sicherlich die ungeeignetste Taktik. Das gewerkschaftliche Bewußtsein ist den Arbeitern eben nicht "eindressiert", wie Lefevre meint, sondern es entspricht einer langen geschichtlichen Erfahrung der Arbeiterklasse, daß gewerkschaftliche Organisierung notwendig ist, um den Tageskampf gegen die Unternehmer führen zu können. In Abwandlung eines Luxemburgzitats von 1917 (damals auf die Mitgliedschaft von Spartakus in der SPD gemünzt), läßt sich über den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie allgemein sagen:

"Aus kleinen Sekten kann man 'austreten', um neue Sekten zu gründen. Es ist nichts als unreife Phantasie, die Masse der Proletarier durch einfachen 'Austritt' befreien zu wollen und ihr auf diesem Weg mit tapferem Beispiel voranzugehen. Das Hinwerfen eines Mitgliedsbuchs als Befreiungssillusion ist nur die auf den Kopf gestellt Verhimmelung des Mitgliedsbuchs als Machtillusion."

Gerade weil Lefevre den spontanen Lohnstreik, bei dem es zur Konfrontation mit der Gewerkschaftsbürokratie kommt, bei dem, um mit Lefevre zu sprechen, die Belegschaft die "systemerhaltende Gewerkschaftslinie" verläßt, als tendenziell revolutionär begreift, gerade weil er eine äußerst beschränkte Auffassung vom "einzig tauglichen Mittel des Kampfes" entwickelt, gerade deshalb kann er nichts "Brauchbares und Nützliches für die Praxis der Arbeiter" beitragen. Er kann die organisatorischen Aufgaben, vor die sich die westberliner und westdeutschen Arbeiter bei ihren wirtschaftlichen Streiks im September gestellt sahen, nicht annähernd theoretisch lösen.

Und gerade weil er zu einer Definition vom revolutionärem Arbeiterkampf als antigewerkschaftlichem kommt, stellen sich für ihn die organisatorischen Aufgaben der revolutionären Linken in einer ebenso beschränkten Form dar.

Er glaubt, daß die Streikbewegung in Westdeutschland "uns soweit den strategischen Zusammenhang der notwendigen Aufgaben vor Augen führen kann, daß jetzt eine die arbeitenden Gruppierungen vereinigende Verständigung über die strategischen Schwerpunkte möglich geworden ist, und damit eine nicht formalorganisatorische, sondern aus dem inhaltlichen Zusammenhang der Aufgaben entwickelte zentralisierende Reorganisation." Die beiden Punkte, die für eine inhaltliche Zentralisierung der Basisgruppen als Ausgangspunkte dienen sollen, sind:

1. das offenkundige Auseinanderklaffen der von den Streikenden in ihrer Praxis begonnen Abweichung von der systemtragenden Gewerkschaftslinie und ihr systemkonformes Mißverständnis ihrer eigenen Praxis.
2. Die durch die Streiks zB bei Hoesch und Klöckner von einem theoretischen in ein praktisch-strategisches Problem verwandelte Bedeutungszunahme der betriebsspezifischen Streiks, die zugleich, so trade-unionistisch sie auch erscheinen mögen, die von der Gängelung der Gewerkschaftsapparate befreite, selbstorganisierte Praxis der Belegschaft als notwendig praktischen Inhalt.

Diese beiden Punkte, so hofft Lefevre, sollen über ihre Präzisierung "Fortschritt bedeutende strategische Verständigung und damit zu Kriterien ihrer Organisierung werden." Er kann dies hoffen, weil er glaubt, diese beiden Punkte berührten den Kern dessen, was heute revolutionäre sozialistische Arbeiterpolitik ist. Das Auftreten von Konflikten zwischen Gewerkschaftsapparaten und streikenden Arbeitern, die Bedeutungszunahme betrieblicher Streiks in den letzten Jahren, sind ohne Zweifel wichtig. Ihre Analyse gibt uns Auskunft über Entwicklungstendenzen der Westdeutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich seit einigen Jahren schon angekündigt haben. Eine Analyse der Streiks ermöglicht auch eine erste Aussage dar-

über, welche konkrete Form die Selbstorganisation der Arbeiter in dem gegenwärtigen Stadium der ökonomischen Kämpfe annehmen kann. Aber gerade ein Berliner Genosse müßte wissen, daß eine solche Analyse nicht die Basis für eine inhaltliche Reorganisation der revolutionären Linken sein kann. Er müßte wissen, daß jeder Konflikt zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen Gewerkschaftsbürokraten und Mitgliedern in Berlin überschattet ist vom "Berlinproblem". Jede ernsthafte Berlinkrise kann die Früchte zehnjähriger Arbeiteragitation dahinfliegen lassen, wenn die sozialistischen Kader nicht eine klare Antwort auf die Frage geben können: welchen gesellschaftlichen Charakter hat die DDR, welches sind die Klasseninteressen der Berliner Arbeiter gegenüber der DDR und der BRD.

Lefevre verwechselt den ökonomischen Kampf der Arbeiter mit revolutionärem Klassenkampf, verwechselt deshalb auch die Organisationsaufgaben der streikenden Arbeiter mit denen der revolutionären Linken.

Unsere Aufgabe ist es, heute mit dem Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei zu beginnen, die auf einem die wesentlichen politischen Aspekte des Kapitalismus umfassenden Programm gegründet sein muß. Angesichts der zentralisierten und disziplinierten Macht der Kapitalisten muß es eine ebenso zentralisierte und disziplinierte Kampforganisation des Proletariats geben. Diese Organisation kann deshalb nur eine demokratisch-zentralistische revolutionäre Arbeiterpartei sein.

Zentralistisch muß sein, um ein einheitliches und gleichzeitiges Handeln des gesamten Proletariats zu ermöglichen. Dies kann nur unter der Voraussetzung erreicht werden, daß es eine effektive Konzentration der politischen Führung in den Händen stabiler und verantwortungsbewußter zentraler und lokaler Gremien gibt.

Demokratisch muß sie sein, weil diese führenden zentralen und lokalen Organisationsgremien von der Basis aller Mitglieder gewählt, und kontrollierbar sind. Sie müssen jederzeit für ihre Politik von der Mitgliedschaft zur Verantwortung gezogen werden können.

Gerade um das revolutionäre Element innerhalb der noch nicht revolutionären Teile der Arbeiterklasse zu verstärken, bedarf es der Organisierung der bereits revolutionären Elemente. Die klassenbewußten Teile des Proletariats müssen den schwankenden Teilen eine organisierte politische Führung geben. Nur in dem Maße, wie es einer revolutionären Organisation gelingt, das Vertrauen der bewußten Teile der Klasse zu gewinnen, sie auf der Basis eines revolutionären Programms zu organisieren, und nur in dem Maße, wie es dieser Organisation gelingt, ihren Einfluß in der gesamten Arbeiterklasse praktisch auszuweisen, wird eine revolutionäre Organisation den Anspruch stellen können, Avantgarde, führende Partei des Proletariats zu sein.

Dieses revolutionäre Programm kann heute nicht in seinen gesamten Elementen geschrieben werden. Ebenso wenig kann eine solche Avantgarde durch "Gründungsakt" ins Leben gerufen werden.

Sich selbst zur Avantgarde ernennende Organisationen gibt es Dutzende.

Dies ist aber nur die eine Gefahr, die sich gegenwärtig innerhalb der revolutionären Linken beobachten läßt. Der organisatorische Weg, wie er uns von Lefevre angedeutet wird, ist ebenso falsch. Die Reorganisation der revolutionären Linken können wir uns nicht als einen Zentralisierungsprozeß der Basisgruppen vorstellen. Das Basisgruppenkonzept selbst beruht geradezu darauf, daß die weitere Strategie noch in gewisser Weise offen bleibt. Der improvisatorische Charakter der Basisgruppen ermöglicht zwar vorübergehend eine Aktionseinheit verschiedener

revolutionärer Gruppen und Individuen. Aber diese Perspektivlosigkeit führt unter sich verändernden Verhältnissen zu ihrem Zerfall bzw zu ihrer Paralyse, nämlich dann, wenn inhaltliche Probleme beantwortet werden müssen, die bis dahin aus der Diskussion der Gruppe bewußt oder unbewußt ausgespart wurden. Keime einer revolutionären Arbeiterpartei - diese gilt es zunächst zu schaffen - entstehen nicht aus einer Bewegung, die ihre "naturwüchsige Zersplitterung" ebenso naturwüchsig überwindet. Umgekehrt: Organisationen können nur Resultat eines bewußten Aktes sein. Einzelne Elemente der revolutionären Linken beginnen heute damit, einen umfassenden politischen Verständigungsprozeß durchzuführen, zunächst beschränkt auf lokaler Ebene. Aber gerade weil sie sich nicht damit begnügen, den Lohakampf in einer bestimmten Erscheinungsform oder Konjunkturphase zum Ausgangspunkt einer inhaltlichen Reorganisation zu machen, treten sie in Gegensatz zu denjenigen Teilen der Gesamtbewegung, die wie Lefevre eine schrittweise Zentralisierung der Basisgruppen auf einer politisch so engen Ebene suchen, wie er sie in seinen 2 Punkten zusammengefaßt hat.

Eine inhaltliche Reorganisation der revolutionären Linken kann nur über ein Verständigung über solche Fragen wie nach dem Charakter des Spätkapitalismus im Westen, dem Charakter der Ostblockstaaten, dem Wesen der Kolonialrevolutionen nach dem 2. Weltkrieg, dem Verhältnis von Arbeiter- und Studentenbewegung, der Organisationsfrage hier und jetzt ebenso wie als weiterem Ziel, etc laufen. Solche Fragen können nach einer mehr als 30-jährigen Unterbrechung der Kontinuität der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland heute nicht sofort und vollständig beantwortet werden. Aber die Methode, die einer so verstandenen Reorganisation zugrundeliegt, ist deutlich: nicht über die falsche Verallgemeinerung

einer speziellen Form des ökonomischen Kampfes wird eine neue revolutionäre Partei entstehen, sondern nur in einem dialektischen Prozeß der umfassenden theoretischen Verständigung einzelner Gruppen der Gesamtbewegung, die sich aber nicht - das ist die andere Gefahr - als Überbaukader, als neue Iskra, verstehen, sondern als Organisationskerne, die wie immer stümperhaft dieses neue Programm, dh einige gemeinsame Ideen, dem Test der Praxis aussetzen, bei dieser Praxis neue Erfahrungen sammeln, neue Elementen den bereits gewonnenen hinzufügen und so schrittweise eine neue praxisbezogene Theorie und eine theoretisch begündete Praxis organisieren. Die neue revolutionäre Arbeiterpartei wird dabei nicht geradlinig aus einer dieser Gruppen hervorwachsen. Es wird Vereinigungen und Spaltungen geben.

- Anm.: 1) Rote Kommentare, SDS-Heidelberg, 23.9.69; "Lohnpolitik der Gewerkschaften und die Streikbewegung"
 2) Rosa Luxemburg, Pol.Schriften I EVA 19c6, S.177
 3) Lefevre, "Einige Lehren aus dem Streik", SDS-Info 21
 4) "Wilder Streik bei Klöckner", RPK 32, S.6

Soeben eingetroffen:

Mao Tse-tung,
 Ausgewählte Werke,
 Band I-IV.
 Genossenpreise:
 Einzelband: DM 5.-
 Vier Bände: DM 15.-
 incl. Porto.
 Bestellungen gegen
 Vorausszahlung an:
 Andreas Müller-Pohle



AB 10 mal VIER BÄNDE JE 12 DM!

IMPERIALISMUS UND REVISIONISMUS

ZUR KOEXISTENZ-POLITIK DER SOWJETUNION

Beim Kambodscha-teach-in wurden neben den Ausführungen zur Lage in Indochina und den Anmerkungen zur Imperialismustheorie u.a. die Haltung der Sowjetunion beim Krieg in Indochina kritisiert. Jene, die uns immer wieder hysterisch danach befragten, weshalb wir als "nicht-revisionistische" Gruppen in Frankfurt eine eigene Demonstration durchführten, um nicht der allgemeinen revisionistischen "Vereinheitlichung" unterworfen zu werden, - jene gerieten ganz außer sich, als wir die Politik der Sowjetunion als revisionistisch, gegen die Interessen der Völker Indochinas gerichtet bezeichneten.

Nun war es fraglos richtig, sich den bürokratischen Vorstellungen des SHB zu widersetzen, der von Bonn aus in der ganzen BRD zu Demonstrationen gegen die amerikanische "Intervention" aufgerufen und die linken Splittergruppen und deren Sympathisanten als Massenbasis benötigt hatte.

Gerade unsere Kritik am Sowjetrevisionismus, dessen asiatische und deutschlandpolitische Varianten hier zur Debatte standen, unterband das Vortäuschen fiktiver Gemeinsamkeiten. Der Tag der faschistischen Kapitalation (8.Mai) vor den russischen und amerikanischen Alliierten sollte noch dazu herhalten, angesichts der unübersehbaren sowjetisch-amerikanischen Respektierung von "Interessensphären" im Falle Indochinas die letzten Klarheiten für über die Möglichkeiten revolutionärer Strategien zu beseitigen und damit objektiv auch Verrat an den kämpfenden Völkern Indochinas zu üben.

Ziemlich demagogisch befleißigten sich vor allem einige Marburger Genossen, eine Kritik an der Sowjetunion als antikommunistisch aus-

zugeben. Ohne nachzuweisen, worin der Antikommunismus bestehe bei der von uns vorgetragenen Kritik am Sowjetrevisionismus, versuchten sie sich durch solche Behauptungen selbst zu immunisieren. Nun soll nicht gesagt sein, daß der Beitrag über die Koexistenzpolitik der SU aller Kritik hätte standhalten können, - zumal er in der erhitzten Atmosphäre gar nicht recht zu Ende geführt werden konnte. Was aber offenkundig eine Unterstellung war, - daß er antikommunistische Positionen vertreten hätte, - hatte allerdings Methode und Ziel: im sino-sowjetischen Konflikt Partei gegen den maoistischen Kurs und damit auch für eine entsprechende revisionistische Praxis in der BRD zu ergreifen.

Ein Beitrag zur Revisionsfrage:

Die gegenwärtige Situation in Kambodscha und die Reaktion der SU.

"In Worten wagen es die Führer der KPdSU noch nicht, die Flagge ihrer Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung ganz zu streichen; von ihren eigenen Interessen ausgehend, unternehmen sie zuweilen auch gewisse Aktionen, um den Anschein der Unterstützung zu erwecken." (Polemik über die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung, S.210)

Auf drei Ebenen entwickelt die SU im Indochina-Krieg Aktivitäten: auf diplomatischer, militärischer und ideologischer.

a) Diplomatische Aktivitäten:

Nach dem Einmarsch der Amerikaner in Kambodscha veranstaltete Ministerpräsident Kossygin eine Pressekonferenz in Moskau, in der er sich lautstark gegen die amerikanische Aggression wandte: die friedliebenden Nationen und vor allem deren Führer sollten sich jetzt darum bemühen, diesen Vormarsch zu stoppen und rückgängig zu machen. Auf die Frage, wer denn in

Kambodscha statt des CIA-Regimes herrschen sollte, forderte er eine "friedliebende" neutralistische Regierung. Wir wissen heute, mehr als zwei Monate nach dem Einmarsch der Amerikaner in Kambodscha, daß die SU bisher nichts weiter getan hat, als ein paar große Worte zu verlieren. Nicht einmal bei den Wiener Abrüstungsgesprächen (SALT) leisteten sich die Russen einen demonstrativen Protest. Aber auch an allen anderen Orten internationaler Konferenztätigkeit befleißigten sie sich einer peinlichen Zurückhaltung. Das berechtigt zu der Vermutung, daß es Kossygin offenbar nur darum ging, den Schein von Empörung zu wahren, der nötig ist, um die Völker der dritten Welt nicht allzu deutlich über das sowjetisch-amerikanische Arrangement der Koexistenzpolitik aufzuklären.

b) Die militärische Unterstützung durch die Sowjets

Es ist bekannt, daß die SU Nordvietnam im Kampf gegen den US-Imperialismus und damit auch mittelbar die südvietnamesische Befreiungsbewegung durch Waffenlieferungen unterstützt. Ist damit der soeben gegen die SU erhobene Vorwurf widerlegt? Die Marburger Genossen scheinen das zu glauben. Wir erinnern uns an jene merkwürdigen Übereinkünfte, wie sie im vietnamesischen Krieg zu herrschen scheinen. Während die USA fast alle Regionen und Städte Nordvietnams bombardierten und die landwirtschaftlichen Anbaugelände und Wälder in Kraterlandschaften verwandelt haben, nahmen die Amerikaner peinlich darauf Rücksicht, nicht zufällig im Hafen von Haiphong sowjetische Schiffe mit Waffenlieferungen zu lädieren. Einmal kam es versehentlich dazu, doch die Amerikaner entschuldigten sich sogleich für das Versehen!

c) Ideologische Stellungnahmen der SU

Schließlich ist bekannt, daß die SU sich in der ideologischen Auseinandersetzung mit China in der Frage der Einschätzung revolutionärer Volkskriege überworfen hat:

"Der Sturm der Revolutionen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas fordert von jeder politischen Kraft in der Welt eine Stellungnahme. Welche Haltung man in dieser so zugespitzten

Frage der gegenwärtigen Weltpolitik einnimmt, das ist eine wichtige Trennungslinie zwischen Marxisten-Leninisten und modernen Revisionisten. Die Marxisten-Leninisten stehen fest auf Seiten der unterdrückten Nationen und unterstützen aktiv die nationale Befreiungsbewegung. Die modernen Revisionisten stehen in Wirklichkeit auf Seiten des Imperialismus und Kolonialismus und lassen nichts unversucht, um die nationale Befreiungsbewegung zu verneinen und ihr entgegenzuarbeiten." (Polemik, S. 209f.)

Die chinesischen Genossen werfen nun der KPdSU vor, den Kampf gegen den Imperialismus zu ersticken, sich selbst zu den "Verfechtern eines neuen Kolonialismus" (Polemik, S. 207) zu machen und zwar unter Anwendung von vier Rezepten:

Mit der Parole von der friedlichen Koexistenz und vom friedlichen Wettbewerb, mit der Losung von der Hilfe für rückständige Länder, mit der Förderung nach Abrüstung und mit dem Glauben daran, daß die Vereinten Nationen den Kolonialismus abschaffen würden. (Polemik, S. 216-220).

Die SU habe vor allem durch Chruschtschow den revolutionären, nationalen Befreiungskriegen eine Absage erteilt: lokale Kriege seien sehr gefährlich und deshalb gelte es, "die glimmenden Funken auszutreten, die einen Kriegsbrand entfachen könnten" (Polemik, 221). Doch diese Bedenken und Ängste gegenüber dem "Abenteuertum" nationaler Befreiungsbewegungen beruhen nach Meinung der chinesischen Genossen auf einer ganz falschen Einschätzung: Nicht die friedliche Koexistenz, die (imperialistische) "Wirtschaftshilfe", irgendwelche Abrüstungsverhandlungen oder die Vereinten Nationen tragen dazu bei, die Völker der dritten Welt zu befreien. Vielmehr weisen die Chinesen dem bewaffneten Befreiungskampf der unterdrückten Völker eine ganz zentrale Rolle im Kampf um den Sieg des revolutionären Sozialismus in der ganzen Welt zu:

"In unserem Brief vom 14. Juni (1961) wiesen wir darauf hin, daß die grundlegenden Widersprüche der Welt von heute die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager, zwischen Proletariat und

Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder, zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus sowie zwischen den verschiedenen Staaten und zwischen den verschiedenen monokapitalistischen Gruppierungen sind.....

Wir erklären folgendermaßen:

1. "In den weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas konzentrieren sich die verschiedenen Arten von Widersprüchen in der gegenwärtigen Epoche, hier sind die schwächsten Kettenglieder in der Herrschaft des Imperialismus, hier sind heute die wichtigsten Stützpunkte der Weltrevolution, wo dem Imperialismus direkte Schläge versetzt werden."

2. "Die national-demokratische revolutionäre Bewegung in diesen Gebieten und die internationale sozialistische revolutionäre Bewegung sind die zwei gewaltigen historischen Strömungen unserer Zeit."

3. "Die national-demokratische revolution in diesen Gebieten bildet einen wichtigen Bestandteil der gegenwärtigen proletarischen Weltrevolution."

4. "Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben die Grund-

lagen der Herrschaft des Imperialismus und des Kolonialismus, alt und neu angeschlagen und erschüttert, sie stellen eine gewaltige Kraft für die Verteidigung des Weltfriedens in der gegenwärtigen Epoche dar."

5. "In einem gewissen Sinne hängt daher die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten, der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung ab."

6. "Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind daher keinesfalls lediglich von lokaler Bedeutung, sondern von allgemeiner Bedeutung für die Weltrevolution des ganzen internationalen Proletariats." (Polemik, S.226)

Diese ausführlichen Stellungnahmen, die uns derzeit nur in der "Polemik" vorliegen, sollten erläutern, welche ideologischen Kontroversen gerade über die Frage des "Volkskrieges" über

den Kampf der "Befreiungsbewegungen" in der dritten Welt zwischen den Sowjets und den Chinesen ausgetragen werden. Erstes Fazit:

Der Befreiungskrieg der indochinesischen Völker entspricht zumindest nicht der sowjetischen Vorstellung von der "friedlichen Koexistenz".

Wir werden später noch zu fragen haben weshalb die Sowjets dennoch den größten Teil der materiellen Hilfeleistungen für Nordvietnam unter den ausländischen Mächten unternommen haben.

Zweites Fazit: Schon jetzt kann die Vermutung als begründet gelten, daß die sowjetische Koexistenzpolitik nicht nur durch ihr Verhältnis zum US-Imperialismus, sondern in hohem Maße von den Beziehungen zwischen der SU und China bestimmt ist. Nicht nur die Stellungnahme zu den Befreiungsbewegungen in der dritten Welt ist deshalb als "Trennungslinie" zwischen Marxisten-Leninisten und modernen

revisionisten zu betrachten, sondern vor allem auch die Stellungnahme zu diesen Befreiungsbewegungen von den beiden größten sozialistischen Staaten SU und China.

Die Theorie von der "friedlichen Koexistenz"

Es wäre aber falsch zu glauben, daß die "friedliche Koexistenz" in jedem Fall schon dem Verdikt des "Revisio-nismus" anheimfiele. In der Polemik über die Generallinie, auf die wir uns weiter unten wieder beziehen werden, entwickelt die KPCh ganz ausführlich ihre differenzierte Stellungnahme. Verfolgen wir die Entwicklung dieser Maxime:

1. Lenin

Vor der Oktoberrevolution hat Lenin die russische Revolution immer als einen bez. den ersten Schritt in der Reihe von Revolutionen eingeschätzt, die zum Sturz des kapitalistischen Systems wenigstens in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern, etwa in Deutschland, führen sollten. "Nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein." (Sinowjew, in: Die kommunistische Internationale 1919, H.1, S.10)

Die Ansätze zur deutschen Revolution von 1918 bestätigten diese Hoffnung zunächst - wenngleich nur sehr kurzfristig. Aber noch 1923 setzten die russischen Kommunisten ihr ganzes Vertrauen ins deutsche Proletariat und in die bevorstehende Revolution (Vgl. Sinowjew, Probleme der deutschen Revolution).

Doch man stand vor der Frage, wie das Postulat von der internationalistisch-permanenten Revolution in einem Stagnationszeitraum, in dem die Konterrevolution sich breit machte, zu transformieren sei, nachdem auch in Rußland 1921 der Bürgerkrieg durchgestanden war.

Der Genosse Kramer hat im Roten Forum 1970 versucht, eine historisch-materialistische Beschreibung der Voraussetzungen für die bolschewistische Oktoberrevolution und den Aufbau des Sozialismus zu liefern, vor allem in Bezug auf die Leninsche Fehleinschätzung der russischen Bauern und deren kollektivwirtschaftlich-feudale Produktionsweise. Er stellt die These auf, daß die Bolschewiki den Zeitraum von 1905 bis 1917 hätten nutzen müssen, einen relativ einfachen Übergang der russischen *obscina*, der gemeindewirtschaftlichen agrarischen Organisationsform zur kollektivwirtschaftlichen Kolchosenwirtschaft zubereiten, der die ambivalente Parole: alles Land den Bauern und die daraus folgende Parzellierung des Bodens unnötig gemacht hätte. Durch diese Parzellierung sei erst die zwangsläufig antisozialistische Haltung der Kulaken (gezwungen zwischen bloßer Selbstversorgung oder der kapitalistischen Akkumulation zu wählen) entstanden, die mit der Zwangskollektivierung seit 1929 unter unbeschreibbaren Opfern unterdrückt werden mußten, sollte der Sozialismus nicht grundsätzlich gefährdet werden. Diese Vorgänge, die hier nur beschrieben werden sollen als ganz besondere Schwierigkeiten für den "Aufbau des Sozialismus" in einem Lande, hatten ihr Pendant in der Beziehung Industrie-Landwirtschaft und in der Organisation des industriellen Aufbaus selbst. Wir zitieren dabei Lenin selbst um anzudeuten, welches die Strategie der Neuen Ökonomischen Politik war, ohne die auch

die Politik der Koexistenz als zeitweilige und damit schon immer taktische bei Lenin nicht zu verstehen ist: "Insofern der Staat nicht instande sein wird, den Bauern Erzeugnisse der sozialistischen Fabrik im Austausch gegen alle diese Überschüsse zu liefern, bedeutet Freiheit des Handelns mit den Überschüssen unvermeidlich Freiheit der Entwicklung des Kapitalismus.

Innerhalb dieses Rahmens ist es jedoch für den Sozialismus keineswegs gefährlich, solange das Verkehrswesen und die Großindustrie in den Händen des Proletariats verbleiben. Im Gegenteil, die Entwicklung des Kapitalismus unter Kontrolle und bei Regulierung durch den proletarischen Staat (d.h.

im klassen Sinne des Wortes "Staatskapitalismus") ist in einem wirtschaftlich außerordentlich zerrütteten und rückständigen kleinbäuerlichen Land (natürlich nur in einem gewissen Grade) vorteilhaft und notwendig, insofern sie geeignet ist, die sofortige Hebung der bäuerlichen Wirtschaft zu beschleunigen. Noch mehr gilt das für die Erteilung von Konzessionen: ohne auch nur im geringsten die Nationalisierung aufzuheben, gibt der Arbeiterstaat bestimmte Bergwerke, Waldmassive, Erdölfelder und anderes ausländischen Kapitalisten in Pacht, um ihnen zusätzliche Ausrüstungen und Maschinen zu bekommen, die uns ermöglichen, die Wiederherstellung der sowjetischen Großindustrie zu beschleunigen.

Was wir an die Konzessionäre in Gestalt eines Teils der hochwertigen Produkte zahlen, ist zweifellos ein Tribut des Arbeiterstaates an die Weltbourgeoisie; ohne das auch nur im geringsten zu vertuschen, müssen wir klar erkennen, daß es für uns vorteilhaft ist, diesen Tribut zu zahlen, um die Wiederherstellung unserer Großindustrie zu beschleunigen und rasch eine ernsthafte Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern herbeizuführen." (Lenin, Thesen zum Referat auf dem III. Kongreß der Komintern über die Taktik der KPR, Ursprünglicher Entwurf, AW, III, S. 711.)

Die Situation 1921 zwang also Lenin zur Atempause, um nach Weltkrieg

und Bürgerkrieg im Innern die Voraussetzung für den politischen und ökonomischen Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Die neue ökonomische Politik in der SU hatte ihr Pendant in der "friedlichen Koexistenz" mit dem kapitalistischen Ausland.

"Koexistenzpolitik bezeichnet also bei Lenin im wesentlichen die Entwicklung eines Kodex von zwischenstaatlichen Verkehrsformen, um die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten zum eigenen Vorgeil zu etablieren." (Schmiederer, S.13)

"Koexistenzpolitik war für Lenin jedoch weder 'friedlich', noch die Generallinie der Außenpolitik überhaupt." (Schmiederer, S.13).

Wenigstens für die nächsten Jahre mußten sich die Kommunisten arrangieren, um im Verkehr mit den kapitalistischen Ländern so viel wie möglich für den Aufbau der Sowjetunion herauszuschlagen.

Indem man eine Politik des Gleichgewichts, des Ausspielens der imperialistischen Mächte untereinander anstrebte, glaubte man einerseits, die Feinde vom Überfall auf die geschwächte SU abhalten zu können.

Auf militärischem, politischem und vor allem wirtschaftlichem Gebiet waren Kompromisse mit den kapitalistischen Staaten zeitweilig nicht nur zulässig, sondern auch nötig. (Programm der Internationalen von 1924).

Der Rapallo-Vertrag kann hierfür als Beispiel gelten.

"Der Sowjetbund - so wurde das andererseits gerechtfertigt von der kommunistischen Internationale 1924 - "treibt durch die bloße Tatsache seiner Existenz einen Keil in das kapitalistische System, indem er mit seinem dem kapitalistischen Regime prinzipiell feindlichen Aufbau ein Sechstel der Weltkugel umfaßt. Andererseits stellt er den stärksten Trupp der proletarischen Bewegung dar, denn hier stehen der Arbeiterklasse alle Mittel und Hilfsmittel der Staatsmacht zur Verfügung."

Wenngleich ihm die internationale und innerrussische Lage zunächst eine "Atempause" und danach eine "Übergangs-

phase" abnötigte, waren diese Einschränkungen der Revolutionstheorie von Lenin doch nur taktisch verstanden worden. Immerhin ging in dies Konzept noch immer ein, daß die Konflikte der kapitalistischen Staaten untereinander verschärft werden sollten durch den Kampf der kommunistischen Parteien in diesen Ländern und daß die SU sich hierbei als wichtigster Stützpunkt für die Verschärfung dieser Kämpfe verstand.

Stalin

In einem Prawda-Artikel, "Zur internationalen Lage und zu den Aufgaben der kommunistischen Parteien", vom 22. März 1925 kommt Stalin zu einer Gesamtschätzung, die seine gegenüber Lenin wenigstens teilweise anders akzentuierte Theorie der friedlichen Koexistenz vorbereitet: Mit der Dawisierung, der finanziellen Intervention, haben die militärischen Siegermächte die militärische Intervention abgelöst. Das deutsche Proletariat braucht nach seinem vergeblichen Anlauf 1918 erst wieder eine gewisse Zeit zur Sammlung, Klärung und Organisation des revolutionären Kampfes. Die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten und Interessen, das "Anwachsen und die Stärkung der nationalen Befreiungsbewegung in Indien, in China, in Ägypten, in Indonesien, in Nordafrika usw., der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und vor allem das wirtschaftliche Wachstum der Sowjetunion würden die Erfolge der Konterrevolution schon wieder wettmachen: "Das Ergebnis ist, daß wir eine gewisse Periode der Stille in Europa und Amerika haben, die durch die national-revolutionäre Bewegung in den Kolonien "gestört" und durch die Existenz, Entwicklung und Stärkung der Sowjetunion "getrübt" wird. Für die Bourgeoisie bedeutet dies eine Atempause, verstärkte Kapitalausfuhr, weitere Bereicherung, Verstärkung des Drucks auf die SU, Konzentrierung aller Kräfte der Konterrevolution um das englisch-amerikanische Kapital.... (Stalin, Werke, Bd.7, S.48)

Hieraus ergeben sich die Aufgaben der kommunistischen Parteien:

1. Alle und jegliche Gegensätze im Lager der Bourgeoisie zwecks Zersetzung und Schwächung ihrer Kräfte, zwecks Stärkung der Positionen des Proletariats restlos auszunützen.
2. Die konkreten Formen und Methoden der engeren Verbindung der Arbeiterklasse der fortgeschrittenen Länder mit der nationalrevolutionären Bewegung der Kolonien und abhängigen Länder zwecks allseitiger Unterstützung dieser Bewegung gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Imperialismus, festzulegen.
3. Den Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung vorwärtszutreiben und zu Ende zu führen, eingedenk dessen, daß dies das zuverlässigste Mittel zur Gewinnung der Millionenmassen des Proletariats ist. Denn man kann die Millionenmassen des Proletariats nicht gewinnen, ohne die Gewerkschaften zu erobern, die Gewerkschaften aber kann man nicht erobern, ohne in ihnen zu arbeiten und dort Monat um Monat, JAhr um Jahr das Vertrauen der Arbeitermassen immer mehr zu erwerben. Ohne dies ist an die Erringung der Diktatur des Proletariats gar nicht zu denken.
4. Die konkreten Formen und Methoden der engeren Verbindung der Arbeiterklasse mit dem durch die bürokratische Maschine des bürgerlichen Staates und durch die räuberischen Preise der allmächtigen Truste niedergedrückten Kleinbauerntum festzulegen, eingedenk dessen, daß der Kampf um das Kleinbauerntum eine dringende Aufgabe der Partei ist, die zur Diktatur des Proletariats schreitet.
5. Die Sowjetmacht zu unterstützen und die interventionistischen Machenschaften des Imperialismus gegen die SU zu durchkreuzen, eingedenk dessen, daß die SU das Bollwerk der revolutionären Bewegung aller Länder ist, daß die Erhaltung und Stärkung der Sowjetunion die Beschleunigung des Sieges der Arbeiterklasse über die Weltbourgeoisie bedeutet." (Stalin, Werke, Berlin 1952, Bd.7, S.48f.)

Auch Stalins Artikel von 1927 enthält im Grunde noch alle Punkte der revolutionären Strategie: Ausnutzen der innerkapitalistischen Widersprüche, Zusammenarbeit mit revolutionären Arbeiterorganisationen in den kapitalistischen Metropolen und den revolutionären Bewegungen in der 3. Welt, den Kampf um die Macht in den Gewerkschaften und die Zusammenarbeit von Arbeitern und Bauern im Kampf gegen den imperialistischen Kapitalismus. Hinzu kommt noch eine spezifische Akzentuierung der Bedeutung der Sowjetmacht für den internationalen Klassenkampf. Bei Lenin (in: Der 'linke Radikalismus', W.Ed. II, S. 669) hieß es noch: "Der proletarische Internationalismus fordert: erstens, daß die Interessen des einen Landes den Interessen des internationalen proletarischen Kampfes untergeordnet werden; zweitens, daß die Nation, die über die Bourgeoisie siegt, fähig und bereit sei, die größten nationalen Opfer für den Sturz des Internationalen Kapitals zu bringen." Bei Stalin dagegen folgte aus der Theorie des "Sozialismus in einem Lande", daß sich nicht die SU den internationalen Klassenkämpfen als wichtigster Stützpunkt zur Verfügung stellte, sondern daß umgekehrt die kommunistischen Parteien sich ganz in den Dienst der Bewahrung der "revolutionären Errungenschaften" in der SU stellen; Wenn Stalin fordern konnte: "Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen", dann deutet er damit an, daß die Kommunistische Internationale bereits zur Hilfstruppe der Sowjetmacht degradiert worden war. Sie besaß daher seit 1927 keine eigene Funktion mehr (Vgl. Schmiederer, S.18). Die SU vor imperialistischen Überfällen zu bewahren, hieß aber, um alles in der Welt kriegerische Konflikte, auch im Innern einzelner kapitalistischer Länder, zu verhüten. Selbständige revolutionäre Aktionen der KPs einzelner europäischer Länder hätten, so glaubten die Sowjets, die gesamt-kapitalistische und imperialistische

sche Aggression gegen den Hauptpfeiler des Sozialismus, gegen die SU, gerichtet.

Aus der revolutionären Arbeitsteilung

(Sowjetunion/Komintern) wurde die machtpolitische der SU.

Allerdings läßt sich diese Umwandlung der Leninschen Koexistenzpolitik in die Stalinsche mit ihren spezifischen machtpolitischen Akzentuierungen nicht einfach als eine ideologische Verkürzung durch Stalin ausgeben. Ihr entsprachen entscheidende polit-ökonomische Voraussetzungen und außenpolitische Konstellationen bzw. Einschätzungen über die innen- und außenpolitischen Entwicklungen.

"Die bolschewistische Partei hat unter Stalin das Richtige gemacht, aber sie hat das Richtige sehr schlecht gemacht." Als Beleg hierfür nennt Kramer die späteren Hungersnöte, die Zwangsarbeitslager, die Proletarisierung der Bauern und nicht zuletzt das Aufblähen der Staatsbürokratie im Verlauf dieses opferreichen Umschichtungsprozesses. Neben diesen ungeheuren Schwierigkeiten, die - so kann man vielleicht behaupten - entweder aus Versäumnissen der Bolschewiki vor der Oktoberrevolution, als sie die Bauernschaft nur verbal zum Bündnispartner gemacht hatten, resultierten, traten solche auf, die aus dem "zurückgebliebenen" noch nicht zur "vorrevolutionären" Reife gelangten Kapitalismus in Rußland um 1917 resultierten; eine ungeheure Primärakkumulation unter planwirtschaftlichen Voraussetzungen war zuallererst notwendig:

"Der Vorrang der Entwicklung der Schwerindustrie wird für den Übergang zum Kommunismus als wesentlich angesehen, nicht nur im Hinblick auf das innere Wachstum des Sozialprodukts, sondern auch im Hinblick auf die internationalen Konsequenzen - mit anderen Worten, die militärische wie die ökonomische Position muß gefestigt werden:

'Nachdem es das von der Partei konzipierte Industrialisierungsprogramm in den Fünfjahresplänen der Vorkriegszeit erfüllt hatte,

errichtete das sowjetische Volk eine fest ökonomische Basis zur aktiven Verteidigung des Landes. Eine mächtige Schwerindustrie erwies sich als die Grundlage der unzerstörbaren Verteidigungskraft der UdSSR (zit. nach Marcuse, Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied/Berlin 1964)

Bleibt nur noch zu ergänzen, daß Stalin nicht nur aus Gründen der isolierten Notwendigkeit der primären Akkumulation des Kapitals das Primat der Schwerindustrie nach dem Motto: Sozialismus ist gleich Elektrifizierung plus Sowjetmacht ableitete, sondern die damals richtige Einschätzung der Weltlage und der Auseinandersetzungen im kapitalistischen System, die Gefahr des Faschismus als einer spezifischen Form der Krisenlösung und des Imperialismus aus der er Konsequenzen zu ziehen hatte, kam hinzu. Der Fatalität des zeitweiligen Bündnisses Stalins mit Hitler stand deshalb zumindest auch die Vorbereitung der SU auf den Sieg im antifaschistischen Krieg - unter welchen Parolen dieser auch immer geführt wurde, gegenüber. Gleichwohl war das folgenreich: nicht nur, daß die europäischen KPs sich den Direktiven Moskaus zu beugen hatten, sondern auch die Beziehung zwischen Partei und Massen: der sozialistische Wettbewerb ohne die Voraussetzung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ("Stachanowbewegung") zeitigte nicht nur spezifische Formen der Unterdrückung, sondern auch der entpolitizierenden Entfremdung. Ähnliches gilt für den sowjetpatriotischen Krieg.

Die KPCh und Stalin

Die zwanghafte Verbindung des "Aufbaus des Sozialismus in einem (industriell rückständigen) Lande", das Primat der Schwerindustrie und der Elektrifizierung, die Kollektivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft und die leidvolle Unterdrückung der oppositionellen Kulaken, und schließlich die Abwehr des fa-

schistischen deutschen Angriffes, - das alles läßt sich beschreiben als historisch notwendige Entfaltung der Produktivkräfte unter den spezifischen Produktionsverhältnissen der stalinistischen Ära.

Das alles ist auch Grund genug dafür, weshalb vermutlich die KPCh in ihrer keineswegs unkritischen Stalin-Würdigung Stalin noch immer als einen Exekutor der Leninschen Theorie unter den modifizierten materiellen und politischen Voraussetzungen zur Frage der Koexistenz bezeichnet hat (Polemik, S.296). Die Kritik an Stalin bezog sich auf folgende Punkte:

"In seiner Denkweise wich Stalin in einigen Fragen vom dialektischen Materialismus ab und verfiel in Metaphysik und Subjektivismus. Dadurch entfernte er sich manchmal von der Wirklichkeit und von den Massen."

Er verwechselte die Widersprüche zwischen dem Feind und uns und Widersprüche im Volke. Viele Konterrevolutionäre wurden zu Recht bestraft, "aber zur gleichen Zeit wurden auch manche unschuldige Leute zu Unrecht verurteilt. So ist man 1937 und 1938 bei der Unterdrückung der Konterrevolution zu weit gegangen. In Partei- und Staatsorganisationen befolgte Stalin nicht in vollem Maß den proletarischen demokratischen Zentralismus, oder verletzte ihn in gewissem Grad. Auch in der Behandlung der Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderländern beging er manche Fehler. In der internationalen kommunistischen Bewegung gab er ebenfalls einige falsche Ratschläge. All diese Fehler haben der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung gewissen Schaden zugefügt." (Polemik, S.137f.)

Der KPdSU und vor allem Chruschtschow hält die KPCh indessen entgegen, daß die völlige Verurteilung Stalins nicht angemessen sei:

"Stalin führte die KPdSU und das Sowjetvolk entschieden auf der Linie der sozialistischen Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft, wodurch große Erfolge bei der sozialistischen

Umgestaltung und dem Aufbau des Sozialismus errungen wurden.

Stalin hat die KPdSU, das Sowjetvolk und die sowjetische Armee durch schwierige, großartige Kämpfe bis zum Triumph im antifaschistischen Krieg geführt.

Stalin hat im Kampf gegen den Opportunismus aller Schattierungen, gegen die Feinde des Leninismus, - die Trotzlisten, Sinowjewleute, Bucharinleute und andere Agenten der Bourgeoisie - den Marxismus-Leninismus verteidigt und weiterentwickelt." (Polemik, S.136).

Von uns muß nun zudem gefragt werden, welche Weichen Stalin nach dem 2. Weltkrieg falsch gestellt hat, durch die die heutige Politik der SU, insbesondere die der "friedlichen Koexistenz", bestimmt wird.

Koexistenzpolitik und sino-sowjetischer Konflikt.

"Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA zur Beherrschung der Welt, das ist der Kern der von der Führung der KPdSU verfolgten Generallinie der "friedlichen Koexistenz" (Polemik über die Generallinie..., S.327)

Die KPCh hat auf die Erklärung des ZK der KPdSU vom 30. März 1963, in der die "friedliche Koexistenz" als Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" bezeichnet wird, geantwortet mit dem Sechsten Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 12. Dez. 1963 (Polemik, S.287). Aus diesem "Kommentar" werden wir in der Folge eine ganze Reihe von Stellen zitieren, weil sie außerordentlich präzise das Verhältnis von Koexistenz und revolutionären Bewegungen in der 3. Welt beschreiben und genauer als alle Umschreibungen die Kategorien zur Beurteilung entwickeln.

Die chinesische Außenpolitik hat Mao Tse-tung 1956 wie folgt charakterisiert: "Um einen dauerhaften Weltfrieden zu erkämpfen, müssen wir die freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen brüderlich miteinander verbundenen Staaten des sozialistischen Lagers weiter entwickeln und die Einheit mit allen friedliebenden Ländern verstärken. Wir müssen danach streben, mit allen Ländern.

die bereit sind, mit uns friedlich zusammenzuleben, auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und Souveränität und des gegenseitigen Vorteils normale diplomatische Beziehungen herzustellen. Die Befreiungsbewegung für die nationale Unabhängigkeit der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie die Friedensbewegung und den gerechten Kampf aller Länder der Welt müssen wir aktiv unterstützen." (Polemik, S. 1301)

Das Verhältnis zu den imperialistischen Staaten und zu den kapitalistischen Ländern, sowie das zu den sozialistischen "Bruderländern" wird wie folgt bestimmt:

1. Wir machen einen Unterschied zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Den sozialistischen Staaten gegenüber halten wir uns an das Prinzip des proletarischen Internationalismus - gegenseitige Hilfe. Wir betrachten Wahrung und Stärkung der Einheit unter den Staaten des sozialistischen Lagers als Grundlinie unserer Außenpolitik.

2. Wir machen einen Unterschied zwischen nationalistischen Staaten, die erst vor kurzem ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben, und imperialistischen Staaten...

3. Wir machen einen Unterschied zwischen den gewöhnlichen kapitalistischen Ländern und den imperialistischen Staaten. Auch ist unser Verhalten gegenüber den verschiedenen imperialistischen Ländern unterschiedlich...

Während wir an der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung festhalten, erfüllen wir unerschütterlich unsere Pflichten des proletarischen Internationalismus. Wir unterstützen tatkräftig die nationale Befreiungsbewegung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die Arbeiterbewegung in den Ländern Westeuropas, Nordamerikas und Ozeaniens, den revolutionären Kampf der Völker aller Länder sowie ihren Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik und um die Erhaltung des Weltfriedens." (300-303)

Vor allem folgende Vorwürfe formuliert die KPCh gegenüber der Koexistenzpolitik der Sowjetunion:

"Die Führer der KPdSU befürworten die "allseitige Zusammenarbeit" mit den imperialistischen Staaten, vor allem mit den USA. Sie behaupten, daß die Sowjetunion und die USA "die Basis für gemeinsame Aktionen und Bemühungen um den Wohlstand der ganzen Menschheit finden können", "daß die Sowjetunion und die USA Arm in Arm gehen können, um den Frieden zu festigen und eine wirkliche internationale Zusammenarbeit aller Staaten herzustellen."

"Der Ansicht der Führer der KPdSU nach ist die friedliche Koexistenz "die Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen Staaten des sozialistischen Lagers."

...Die Führer der KPdSU sind der Meinung, daß die friedliche Koexistenz "die beste Methode ist, der internationalen Arbeiterbewegung zu helfen, ihre Hauptklassenziele zu erreichen."

"Sie behaupten, daß unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz die Möglichkeit des friedlichen Übergangs der kapitalistischen Länder zum Sozialismus gewachsen sei. Ferner sind sie der Ansicht, daß der Sieg des Sozialismus im wirtschaftlichen Wettbewerb einen vernichtenden Schlag für das ganze System kapitalistischer Beziehungen bedeuten wird."

"Nach fünf Prinzipien ist es in internationalen Beziehungen unzulässig, die territoriale Integrität und Souveränität eines anderen Landes zu verletzen, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, seine Interessen, seine Gleichberechtigung zu beeinträchtigen sowie einen Aggressionskrieg auszulösen." In der Folge zeigt sich, daß die SU nicht nur illusionär ist, wenn sie glaubt, die imperialistischen Mächte würden gegen diese Prinzipien der Koexistenzpolitik nicht verstoßen, Vietnam, Kambodscha, Laos und viele andere Beispiele widersprechen dem längst. Aber auch die SU selbst hat gegen diese von ihr selbst propagierten Prinzipien verstoßen (CSSR):

"Selbstverständlich müssen auch die sozialistischen Staaten untereinander die Fünf Prinzipien einhalten. Niemals darf die territoriale Integrität von Bruderstaaten verletzt, ihre Unabhängigkeit und Souveränität beeinträchtigt werden, es darf keine Einmischung in

ihre inneren Angelegenheiten geben, keine Wühlarbeit darf in Bruderstaaten durchgeführt werden, niemals darf gegen die Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils in den Beziehungen zwischen Bruderstaaten verstoßen werden."(306-312)

Ganz klar heißt es aber in diesem Kommentar, daß gleichwohl nicht die "friedliche Koexistenz", sondern der "proletarische Internationalismus" das grundlegende Prinzip der Außenpolitik sozialistischer Staaten sein müsse. Die Außenpolitik der sozialistischen Staaten müsse deshalb ihre Aufgabe vor allem anderen in der "Unterstützung der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen in ihrem revolutionären Kampf" erkennen. In Bezug auf die Kämpfe der revolutionären Befreiungsbewegungen in der dritten Welt hieße friedliche Koexistenz gegenüber dem imperialistischen Gegner Verrat an den obersten Prinzipien sozialistischer Außenpolitik.

Und schließlich wird nach einer Gegenüberstellung von Kennedy- und Dulles- bzw. Eisenhower-Zitaten zu solchen von Chruschtschow eine außerordentliche Ähnlichkeit und vermutete Interessengleichheit erkennbar:

"Es läßt sich unschwer erkennen, daß die Generallinie der "friedlichen Koexistenz" der Führer der KPdSU gerade nach dem Geschmack des USA-Imperialismus ist."(Polemik, S.325)

Eine ihrer Legitimationsgrundlagen für die "friedliche Koexistenz" benennt die SU in der Existenz der Atom- bombe: "Friedliche Koexistenz oder katastrophaler Krieg - nur so wird die Frage von der Geschichte gestellt." (zit. nach U.Schmiederer, Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz, nk, Frankfurt 1968)(S.27)

Auf der anderen Seite verleiht der Atomwaffenbesitz der SU die Möglichkeit, den nuklearen Krieg mit einer eigenen Vernichtungsdrohung (Gleichgewicht des Schreckens) zu verhindern. Gleichzeitig werfen die Sowjets den Chinesen vor, leichtfertig mit dem Gedanken an einen Atomkrieg zu spielen. Hiergegen verwahren sich die Genossen der KPCh entschieden: "Da die KP Chinas für die Unterstützung der nationalen Befreiungskriege und

der revolutionären Bürgerkriege aller Völker eintritt, will sie einen nuklearen Weltkrieg provozieren. -

Das ist eine phantastische Lüge"

"Wir sind stets der Meinung, daß Kernwaffen in den Händen eines sozialistischen Staats immer nur Verteidigungswaffen zur Abwehr imperialistischer nuklearer Drohungen sein können."(Polemik, S.274)

Die Legitimationsstruktur der SU bezüglich des befürchteten atomaren Kriegs wird angesichts der permanenten Auseinandersetzungen in den Ländern der 3.Welt immer mehr zum bloßen Vorwand, sich dort zurückhalten zu können:

"Die Strategie des "counter-insurgency" enthüllt den Charakter der "containment"-Politik als einer Interventions- und Aggressionspolitik zur Erhaltung des weltweiten ökonomischen und politischen Einflusses der kapitalistischen Gesellschaftsordnung."(Schmiederer, 31)

Ebenso wenig nützt den revolutionären Bewegungen der 3.Welt die sowjetische These vom friedlichen Wettbewerb der Systeme, der zwangsläufige Sieg des sozialistischen Systems und die daraus notwendig sich ergebende Transformation des kapitalistischen in das sozialistische System, - qua Überzeugung; und das angesichts der Bedrohung durch die imperialistischen USA einerseits und der "Zurückhaltung" und "friedlichen Koexistenz" der SU andererseits.

Die Koexistenzpolitik als Verschleierung sowjetischer Machtpolitik

Die Theorie vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land", die, wie wir sahen, ganz reale polit-ökonomische und außenpolitische Voraussetzungen und Legitimationen beanspruchen konnte, ist unter eben diesen Bedingungen von Stalin gewendet worden zur Parole: Alles für die Sicherheit der Sowjetunion. Die gewaltige Forcierung der Anstrengungen des ganzen Volkes zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus war vermutlich nur möglich durch diese außerordentlich rigide Entwicklung des sowjetischen Sozialismus in den 20-er und 30-er Jahren.

Doch es läßt sich ebenso registrieren, nicht nur, daß die Bürokratie in Partei und Staatsverwaltung sich immer mehr verselbständigt und alle Formen

politischer Beteiligung der Massen strikt abblockt, sondern vor allem auch, daß jenes ursprüngliche und die Koexistenzpolitik konstituierende Prinzip vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande noch allzu lange herangezogen wurde, als es längst nicht mehr nur ein sozialistisches Land gab.

Dieses Legitimationsmuster weist auf den funktionalen Wert der Koexistenzpolitik hin: durch "Revolutionen" von oben in den heutigen "Satellitenstaaten", durch die militärische Intervention in eben diesen Staaten verstießen die Sowjets nicht nur gegen das Prinzip der friedlichen Koexistenz und die Vorstellung von der Souveränität der "Bruderländer", sondern sie brachten es als bloßen Ausdruck von Machtpolitik, der sich längst nicht mehr um den "proletarischen Internationalismus" schert, auf den Begriff. Drei Beispiele:

1. Die Intervention in der CSSR wurde durchgeführt u.a. mit der Begründung, daß sich dort rechtsabweichlerische, kapitalistische und konterrevolutionäre Tendenzen um Dubcek herum breitgemacht hätten. In der Tat haben führende "Reformpolitiker", u.a. Ota Sik nie ein Hehl daraus gemacht, zur Rationalisierung und Effektivierung der Wirtschaft kapitalistische Wettbewerbs- und Marktformen zur "Regulierung" des gesamten Produktionsprozesses zu empfehlen und einzuführen.

Diese Marktformen mit all ihren Folgeerscheinungen zu bekämpfen kann eine berechtigte Aktion dann sein, wenn an ihre Stelle die bisher ineffektive bürokratische Organisation der Wirtschaft durch fortschreitende Vergesellschaftungs- und Selbstverwaltungsformen ersetzt würde.

Doch das haben die Sowjets, selbst im Innern diesen Tendenzen teilweise verfallen (Liebermann), trotz aller propagandistischer Behauptungen keineswegs angestrebt. Ota Sik lebt jetzt in der CSSR-Ökonomie in leicht veränderter Form weiter. (vgl. Rotbuch 11: Zur Kritik der Sowjetökonomie, 1969 und: Sozialistisches Jahrbuch, darin: Die CSSR und die Strategie der UdSSR, 1970)

Die Politik gegenüber der 3. Welt wird dadurch begründet, "bestimmte historische

Etappen gesellschaftlicher Entwicklung könnten nicht übersprungen werden," (Schmiederer, S.46) "Es wird unterschieden zwischen der "national-demokratischen" und der später folgenden "sozialistischen Revolution".

"Diese 'Entdeckung', der Staat der nationalen Demokratie, wird in der Koexistenztheorie der allgemeinste Nenner, unter den sich die divergenten staatlichen Gebilde der Entwicklungsländer in Latein-Amerika, Asien und Afrika subsumieren lassen." (Schmiederer, 48) Das ermöglicht letztlich jede Form der Unterstützung oder Zurückhaltung gegenüber den befreundeten, den kapitalistischen oder sozialistischen bzw. revolutionären Gruppierungen.

Die SU hat in der Regel nicht die revolutionären Bewegungen unterstützt, wie sie es nach dem Prinzip des "proletarischen Internationalismus" hätte tun müssen, sondern die Staaten der 'nationalen Demokratie'. "Die Beziehungen zu Nasser wurden nicht ernsthaft dadurch beeinträchtigt, daß die KP Ägyptens verboten wurde und die Kommunisten in die Gefängnisse wanderten." (Schmiederer, S.51) Weitere Beispiele:

die Unterstützung Indiens und Pakistans gegen China, die "Neutralität" gegenüber Maos Kämpfen gegen die Kuomintang. Auch bemüht sich die SU überhaupt nicht darum, die KPs in den nationalen Befreiungskämpfen (Irak, Algerien, Kuba) zu unterstützen.

3. Gegenwärtig deutet sich im Nahen Osten eine Übereinkunft zwischen der SU und den Vereinigten Staaten bezüglich der Grenzen, der Grenzsicherung etc. zwischen Israel und den angrenzenden Staaten an. Bemerkenswert dabei ist ganz besonders die von den arabischen Genossen (vgl. letztes Palästina-teach-in vom 9.7.) geäußerte Vermutung, daß die beiden Großmächte im Nahen Osten ihr Arrangement treffen und gleichzeitig die revolutionären Befreiungsbewegungen in den arabischen Ländern zu liquidieren versuchen.

Und schließlich ist der gesamte sino-sowjetische Konflikt ein Zeugnis dieser machtpolitischen Kalkulation, die hinter der "friedlichen Koexistenz" steckt. Er dokumentiert den Hegemonial-

EINIGE BEMERKUNGEN ZUR IMPERIALISMUSTHEORIE

Ziel dieses Beitrags ist es, einige Bemerkungen zu folgenden Fragen zu machen:

Sind die augenblicklichen Vorgänge in der dritten Welt, die fortwährenden Greuelthaten des Imperialismus, überhaupt noch historisch-materialistisch zu begreifen, d.h. auf die widersprüchliche Entwicklung der ökonomischen Basis in den Metropolen selbst rückführbar? Oder müssen nicht vielmehr die Einzelaktionen des Imperialismus als sogar irrational im Sinn der Kapitalrationalität bezeichnet werden? (1)

Rosa Luxemburg beschrieb bereits 1913 in der "Akkumulation des Kapitals" diesen Imperialismus:

"Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihesystem, Politik der Interessensphären, Kriege. Hier treten ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung zutage, und es kostet Mühe, unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden."

Letztere wollen wir in ihren Auswirkungen auf die dritte Welt betrachten. Das sich hier bei stellende Problem - die Bestimmung des Zusammenhangs von Macht und ökonomischem Gesetz heute - ist jedoch ohne Rückgriff auf die historische Genese des Imperialismus nicht zu klären.

1. Die Entstehungs- und Frühphase des Kapitalismus

Bekanntlich haben die Länder des christlichen Abendlandes ab 1500 die Methoden kolonialer Ausbeutung zu immer abscheulicheren Formen weiterentwickelt. Die Rationalität dieses Prozesses bestand darin, daß die exproprierten Schätze der Kolonien eins der wesentlichsten Elemente und Triebkräfte für die Herausbildung des Handelskapitals,

der frühesten Form des Kapitals, waren. "Von der Schöpfung des modernen Welthandels und Weltmarkts datiert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals." (Marx)

Neben die Form der Ausplünderung in Gestalt z.B. der spanischen Kolonialpolitik trat bald eine kaum verschleierte zweite Form: Die Ausbeutung durch - mit Hilfe von aufgezwungenen Handelsverträgen betriebenen - Warenexport. Indien, einst eine Kulturnation von beachtlichem Wohlstand, wurde mit Hilfe dieser Methode ruiniert: Ehemals bedeutender Exporteur von Baumwolltextilien, durfte es auf Grund von Handelsverträgen nur noch spottbillige Baumwolle nach England ausführen, die dann nach ihrer Verarbeitung teuer an Indien zurückverkauft wurde. So entwickelte sich das noch auf schwachen Füßen stehende Kapital auf Kosten der Kolonien. Der zweite Effekt: Die überkommene Feudalstruktur der kolonialen Länder wird zerstört; sie geraten in die Position des reinen Rohstofflieferanten, der keine ernsthafte Konkurrenz mehr darstellt, und nur noch im System der internationalen Arbeitsteilung in Abhängigkeit von den Industrienationen lebensfähig ist.

2. Vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus

Nicht zuletzt also mit Hilfe der aus den Kolonien exproprierten Reichtümer hatte sich der Kapitalismus gegen Handwerk und Feudalismus durchsetzen können. In Europa setzte im 19. Jahrhundert ein ungeheurer wirtschaftlicher Aufschwung ein. Die große Industrie entstand, immer größere Teile der Bevölkerung wurden direkt oder indirekt unter das Kapital subsumiert, aus denen immer größere Mehrwertmassen herausgepreßt wurden. Schon um 1880 bilden sich die ersten Konzerne, Trusts und Aktiengesellschaften heraus: Der Monopolkapitalismus beginnt, den Kapitalismus der freien Konkurrenz zu verdrängen.

Diese Entwicklung erhält für die Kolonien eine fatale Bedeutung. Zur Ausbeutung durch Warenexport tritt die Ausbeutung durch Kapitalexport. Welche Ursachen liegen dem zugrunde?

a) Unter monopolistischen Bedingungen verstärken sich die Schwierigkeiten, Profite profitabel zu reinvestieren: Während im Konkurrenzkapitalismus der Kampf zwischen Firmen durch Preiskonkurrenz geführt wird. (Einführung von neuen Maschinen - Vermehrung des Warenangebots - Preisfall), ist unter den Bedingungen des Monopols dieser Mechanismus tendenziell aufgehoben. Durch Marktaufteilung und Absprachen entfällt die Notwendigkeit, durch Ausweitung und Verbiligung der Produktion den Konkurrenten ausbooten zu müssen. Damit werden aber auch die Investitionschancen im Inland eingeschränkt.

Die daraus resultierenden Krisen wegen Überakkumulation von Kapital können durch Kapitalexport in koloniale Länder entschärft werden.

b) In den Kolonien kann sich das Kapital erheblich besser verwerten als in den industrialisierten Ländern: Die Profite sind auf Grund des niedrigeren Lohnniveaus der Arbeitskräfte, der ungleichen Handelsbedingungen etc. um vieles höher.

Weitere Gründe kommen hinzu:

c) Mit der enormen Ausdehnung der Produktion, der Verwendung von Maschinensystemen und der Eröffnung neuer Produktionssparten (Chemie) wächst die Bedeutung der Rohstoffe im allgemeinen, besonders aber die einiger nicht in Europa vorfindlicher, aber in den Kolonien vorhandener Rohstoffe (Erdöl, Kupfer etc).

d) Der dem Kapitalismus inhärente Widerspruch von Produktausstoß und Konsumkraft der Massen, der Überproduktionskrisen bewirkt, läßt sich durch Warenexport in die dritte Welt abschwächen.

Bei der Durchsetzung dieser Interessen der Monopole geraten die politischen Träger dieser Interessen,

die imperialistischen Staaten, in Konflikt zueinander. Der erste imperialistische Weltkrieg ist die Folge.

3. Imperialismus und Spätkapitalismus

In den Beziehungen der imperialistischen Länder zur dritten Welt hat sich heute ein Wandel vollzogen: Die Bedeutung des Waren- und Kapitalexports in die dritte Welt für den Kapitalismus ist - bezogen auf die vorherige Epoche - relativ zurückgegangen.

Besonders deutlich wird das an dem Faktum, daß die Auslandsinvestitionen der kapitalistischen Länder in die Länder der dritten Welt im Verhältnis zu den Investitionen der kapitalistischen Länder untereinander relativ abgenommen haben.

Die Gründe hierfür sind vielfältig:

a) In den Industrienationen ist der innere Markt erheblich angewachsen, er bietet damit günstige Investitionsmöglichkeiten, besonders, wenn noch Preis- und Lohngefälle und Unterschiede im technologischen Niveau zwischen den kapitalistischen Staaten hinzukommen (US-Investitionen in Europa).

b) Die neuen Steuerungs- und Krisenverhinderungsinstrumente der bürgerlichen Ökonomie, sowie die Kapitalvernichtung durch Rüstung, Raumfahrt und Verschleiß lassen die Bedeutung der 3. Welt als potentiellen Krisenentschärfer zurückgehen.

c) Die Sicherheit für die Investitionen in Gestalt der Stabilität der Herrschafts- und Produktionsverhältnisse ist in der 3. Welt erheblich geringer als in den "zivilisierten" Gebieten, ein Verdienst der sich immer stärker entwickelnden Befreiungsbewegungen.

Dies alles kann natürlich nicht heißen, daß der Imperialismus heute seine reale ökonomische Basis verloren hätte. Solange das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise die Maximierung des Profits ist,

werden die Länder der 3. Welt immer dazu herhalten müssen, Extraprofitquelle und Rohstofflieferant zu sein. Die Profitrate für investiertes Kapital ist heute in der 3. Welt viermal so hoch wie in den kapitalistischen Staaten, So ergibt sich, daß, obwohl die Kapitalanlagen der USA in Europa doppelt so hoch sind wie in der gesamten 3. Welt, die Profite aus diesem Gebiet die aus den europäischen Anlagen noch um 1/4 übersteigen.

In dem Maße aber, wie die organische Zusammensetzung des Kapitals zunimmt, wird im Zusammenhang mit dem tendenziellen Fall der Profitrate die Bedeutung der Extraprofite größer. Daneben bleibt die Sicherung der billigen Rohstoffquellen noch immer ein ebenfalls bestimmendes Motiv für die Unterdrückung der 3. Welt.

Wir fassen damit zusammen:

Es erscheint uns heute nicht mehr haltbar, einen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems bei Verlust der kolonialen bzw. halbkolonialen Gebiete ökonomisch abzuleiten (2). Das bedeutet aber nicht, wie wir zu zeigen versucht haben, daß die imperialistischen Verbrechen überhaupt nicht mehr historisch-materialistisch zu erklären wären.

4. Der internationale Klassenkampf

Aus der These, daß - ökonomisch betrachtet - der Kapitalismus den Verlust der Kolonien, unter erheblichen Schwierigkeiten, verwinden könnte, zu folgern, daß nun keine objektive Notwendigkeit für den Imperialismus mehr bestände, seine Einflusssphären in der dritten Welt zu verteidigen, hieße dem Ökonomismus aufzusitzen.

Wie jedes gesellschaftliche Verhältnis bringt auch der Imperialismus selbst diejenigen Kräfte hervor, die ihn aufheben werden. Diese Kräfte stellen sich heute dar in Gestalt der sozialistischen Länder und Befreiungsbewegungen der dritten Welt.

Damit ist heute die internationale Lage - im Gegensatz zur Epoche des klassischen Imperialismus - gekennzeichnet durch den internationalen Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus. Vor diesem Hintergrund allein ist es möglich, die Teilaktionen der imperialistischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmaschinerie in den Griff zu bekommen, ist es möglich, die Liberalen der FR, die jetzt triumphierend "beweisen", daß der Imperialismus nicht ein Produkt des Kapitalismus sein, weil es in Kambodscha nur Opium zu holen gäbe, als begriffslose Apologeten zu entlarven.

Wir kommen damit zum Schluß: Gerade die scheinbar "irrationalen" Teilaktionen des Imperialismus, die nicht mehr bruchlos auf "ökonomische Ursachen" rückführbar sind, drücken die objektive Rationalität des kapitalistischen Systems aus, welche die Aufrechterhaltung von Knechtschaft und Unterdrückung ist; sie drücken aber gleichzeitig die tiefe Widersprüchlichkeit aus, die der Imperialismus produziert hat und in die er sich tödlich verstricken wird.

Die Befreiungsbewegungen erstarben immer mehr, erringen immer größere Siege, und immer größere Volksmassen der Länder der dritten Welt begreifen, daß die Alternative für sie nur sein kann: Sozialismus oder Barbarei.

Gleichzeitig verschärfen sich die Widersprüche in den imperialistischen Staaten selbst: "Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße!"

(Beitrag von J. Schomburg zum Kambodscha-Teach-in im Auftrag des Redaktionskollektivs "rote texte")

Wer kennt:
3-Zi-Wohnung m. Bad für
spanische Genossen
(Familie m. Kind) Tel. 681548